



Bundesministerium

Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das
Kalenderjahr 2023 (Jänner bis Juni 2023, inkl. Darstellung der Gesamtkosten
von 2020 bis Juni 2023)

Wien, im September 2023

Inhalt

COVID-19-FondsG-Berichterstattung	3
1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz	4
1.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen	4
1.2 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege	6
1.3 Härtefallfonds	9
1.4 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB	11
2 UG 24 – Gesundheit.....	27
2.1 Testen	27
2.2 Impfen.....	31
2.3 Impfkampagne	37
2.4 Covid-19-Arzneimittel.....	39
2.5 Abwassermonitoring.....	43
2.6 Verdienstentgänge gemäß Epidemiegesetz	45
2.7 Schutzausrüstung.....	46
2.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24	47

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis Juni 2023 inkl. Darstellung Gesamtkosten seit 2020

Mit dem vorliegenden Bericht wird eine gesamthafte Darstellung der budgetären Ausgaben aus dem Covid-19-Fonds im Vollzugsbereich des BMSGPK seit Beginn der Pandemie vorgelegt.

In Ergänzung zur bewährten Darstellung der Aufwendungen im Monat Juni 2023 werden auch die in den einzelnen Detailbudgets erfolgten Zahlungen an die Länder bzw. SV-Träger dargestellt, damit ein **gesamthafter Überblick seit Pandemiebeginn** vorliegt.

In Fortsetzung der Gesamberichterstattung bis 31.12.2022 wird dem Bericht auch wieder eine inhaltliche Darstellung zu vorläufigen Ergebnissen bzw. Besonderheiten der jeweiligen Maßnahmengruppen zu den in der jeweiligen Untergliederung erfolgten Zahlungen vorangestellt.

Im gesamten Verlauf der Pandemie wurden aus den Mittel des BMSGPK insgesamt folgende Beträge ausbezahlt:

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	242.403.932,22 €
UG 24 Gesundheit	9.487.281.722,38 €
Gesamt	9.729.685.654,60 €

Die Details dazu sind in den folgenden Seiten zu entnehmen.

1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Im Berichtszeitraum Jänner bis Juni 2023 wurden in der Untergliederung 21 keine Auszahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds getätigt. **Rückzahlungen** in diesem Zeitraum erfolgten im Förderbereich in der Höhe von 772.398,70 €. Die Details können bei den einzelnen Teilbereichen entnommen werden.

Die überwiegenden budgetären Aufwendungen im Gesamtverlauf der Pandemie wurden für Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung der Armutsfolgen sowie zur Flankierung von Bedarfen im Bereich der Langzeitpflege getätigt. Die auf Grundlage der einzelnen gesetzlichen Grundlagen getätigten Zahlungen sind in den bekannten Übersichten dargestellt.

1.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen

Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 waren unmittelbare Auswirkungen für die besonders gefährdeten Gruppen nicht auszuschließen. Durch die Maßnahmen im **COVID Gesetz Armut** und die **Maßnahmen zum Familienhärteausgleich** soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.

Im **Jahr 2020** erfolgten Einmalzahlungen basierend auf der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von insgesamt **13 Mio. €** zur Unterstützung von Kindern mindestsicherungsbeziehender Eltern. Damit wurde ein Beitrag des Bundes zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalten geleistet. Die Förderung wurde in Form eines Pauschalbetrags von 50 € pro Kind und Monat für zwei Monate geleistet. Das entspricht einer Zuwendung von 100 € pro Kind. Durch diese Maßnahme konnten rund 90.000 Kinder unterstützt werden. Die Mittel wurden gemäß Richtlinie auf die Länder

nach ihrem jeweiligen Anteil an Kindern in der Mindestsicherung im Jahresdurchschnitt 2018 aufgeteilt, weshalb die Mittel nur zu 63,58 % ausgeschöpft wurden.

Im **Jahr 2021** erfolgten Einmalzahlungen mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von insgesamt **34 Mio. €**. Die Aufteilung der Mittel für die Zuwendung erfolgte unter Zugrundelegung der zum damaligen Zeitpunkt aktuellsten verfügbaren Zahlen (Mindestsicherungsstatistik der Bundesländer 2019 für die Auszahlung der 20 Mio. € und die von den Ländern gemeldete Kinderzahl zum 31.12.2022 für die Auszahlung der weiteren 14 Mio. €). Die Gesamtmittel in Höhe von 34 Mio. € wurden somit zu 95,42 % ausgeschöpft.

- Im 1. Halbjahr 2021 wurden damit 20 Mio. € zur Finanzierung von Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten und für Energiekostenzuschüsse an Sozialhilfe- bzw. MS-Haushalte bereitgestellt. Es wurden 100 € pro Kind und bis zu 100 € pro Haushalt als Energiekostenzuschuss zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme konnten rund 72.200 Kinder und 117.283 Haushalte unterstützt werden.
- Im 2. Halbjahr 2021 wurden die Mittel um weitere 14 Mio. € für weitere Kinderzuwendungen aufgestockt. Damit wurden nochmal bis zu 200 € pro Kind in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten zur Verfügung gestellt. Die Auszahlungen erfolgten über die Länder und werden nicht auf die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung angerechnet. Durch diese neuerliche Maßnahme konnten rund 68.400 Kinder unterstützt werden.

Als weitere Maßnahme wurden **12 Mio. €** für Förderungen von Projekten zur Abfederung von „COVID-19 bedingten Krisenfolgen“ für besonders vulnerable Personengruppen aufgewendet.

Weitere **20 Mio. €** wurden für die Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ zur Gewährung von Förderungen für Projekte zur Milderung der sozialen Folgen der COVID-19 Pandemie aufgewendet. 2021 wurden 16 Träger in der Höhe von insgesamt rd. 18 Mio. € gefördert. 2 Mio. € wurden im Jahr 2022 für Restzahlungen von diesen bestehenden Förderungen verwendet. Die Projektbereiche umfassen

- Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche
- Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie

- Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie
Unterstützung von Entschuldungsprogrammen im COVID-19 Kontext
- Bekämpfung von COVID-19 bedingter Energiearmut
- Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt war 2021 dem Bereich des **Freiwilligenwesens** gewidmet, da durch gezielte Förderungen im Anerkennungsfonds zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt werden sollte. Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung des Anerkennungsfonds konnten Zuwendungen auch im Zusammenhang mit Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges und außerordentlichen Notständen an 29 anerkannte Träger oder Freiwilligenorganisationen gewährt werden. Die Mittel dienten als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel. Die vorhandenen Mittel wurden zur Gänze ausgeschöpft.

1.2 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege

Die Länder haben zum Zwecke einer Übersicht über die verbrauchten Mittel des Zweckzuschusses gemäß § 2 Abs 2b Pflegefondsgesetz (PFG) ihre Ausgaben an den Bund gemeldet. Insgesamt wurden **150 Mio. €** im Vorhinein zur Verfügung gestellt. Erhoben wurden dabei Aufwendungen für bestimmte Maßnahmen, die zwischen 1. März 2020 bis 30. Juni 2022 getätigt wurden und die auf Basis der „Vereinbarung zwischen dem Bund, vertreten durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie dem Bundesministerium für Finanzen und den Ländern zur operativen Durchführung betreffend die Zweckzuschüsse gemäß § 2 Abs. 2b des Pflegefondsgesetzes – PFG“, der „Erläuterungen zur Vereinbarung zwischen dem Bund, vertreten durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie dem Bundesministerium für Finanzen“ sowie der „Abrechnungsmodalitäten der Unterstützung der Länder bei der Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen in der Langzeitpflege“ abrechenbar sind. Die Ergebnisse sind in der beiliegenden Tabelle 1.2.1 zusammengefasst.

Der Zweckzuschuss weist **österreichweit** einen **Ausschöpfungsgrad** von **rund 93,12 %** mit Stand 30.06.2023 auf. Generell ist dabei zu achten, dass die darin enthaltenen Zahlen ident mit jenen des Vorjahres sind (Stand per 30.6.2022). Hintergrund dafür ist, dass mit dem BMF bezüglich einer Verlängerung des abrechenbaren Zeitraums für die Zweckzuschussmittel gemäß der zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossenen Vereinbarung zur operativen Durchführung betreffend die Zweckzuschüsse gemäß § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz – PFG (Artikel 44 des 2. COVID-19-Gesetzes, BGBl. I Nr. 16/2020, idF BGBl. I Nr. 113/2021) kein Einvernehmen erzielt werden konnte und daher dieser Abrechnungszeitraum mit 30. Juni 2022 geendet hat.

Es ist nunmehr beabsichtigt, eine Prüfung des Einsatzes des Zweckzuschusses und der widmungsgemäßen Verwendung vornehmen und damit die Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) zu betrauen. Die Länder wurden mit Schreiben vom 5.7.2023 über das mangelnde Einvernehmen und die Durchführung der Endabrechnung in Kenntnis gesetzt und zur Abgabe der finalen Abrechnungsdaten samt Bereitstellung von Nachweisen bis zum 31.10.2023 aufgefordert. Die Prüfung der BHAG soll im Jahr 2023 vorbereitet, im Jänner 2024 aufgenommen und bis zum 30.11.2024 abgeschlossen werden.

Generell festgehalten sei, dass den Meldungen der Länder reiner Informationsgehalt über die verausgabten Zweckzuschussmittel beizumessen ist. Auch haben die Länder betont, dass zahlreiche Ausgabengruppen noch nicht in den berichteten Aufwendungen enthalten sind.

Der gemeldete Ausschöpfungsgrad des Zweckzuschusses entspricht somit nicht dem tatsächlich angefallenen Aufwand, der laut Erwartungen um einiges höher liegen wird.

Tabelle 1.2.1: Aufwendungen für den Zweckzuschuss § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz

Abrechnungskategorien 01.03.2020 - 30.06.2023		ÖSTERREICH
		Ausgaben
Ersatzbetreuungseinrichtungen (auch für pflege- und betreuungsbedürftige Personen, die COVID-19 infiziert und nicht erkrankt sind; inkl. Plätze in bestehenden Pflegeheimen, Reha- und Kureinrichtungen)	Gesamt	7.654.280,54 €
	Sachaufwand	2.102.577,76 €
	Personalaufwand	2.022.720,02 €
	Investitionen	790.037,72 €
Clearingstellen wie insbesondere die Ausweitung der telefonischen Beratung (inkl. Personalausbau innerhalb der Landesverwaltung hierfür)	Gesamt	711.582,56 €
	Sachaufwand	39.166,47 €
	Personalaufwand	639.111,09 €
	Investitionen	0,00 €
Bonus für 24-Stunden-Betreuungskräfte (Beginn des Turnus vor dem 30.06.2020 und Ende spätestens am 31.07.2020)	Gesamt	15.771.461,07 €
	Sachaufwand	9.439.606,83 €
	Personalaufwand	0,00 €
Kostenersatz für Testungen von 24-Stunden-Betreuungskräften	Gesamt	4.365.527,61 €
	Gesamt-Sachaufwand in- und ausländisch	983.494,07 €
	Gesamt-Personalaufwand in- und ausländisch	0,00 €
	ausländische Testungen	2.038.190,74 €
	Sachaufwand ausländisch	968.285,33 €
	Personalaufwand ausländisch	0,00 €
	inländische Testungen	1.145.455,80 €
	Sachaufwand inländisch	133.554,13 €
	Personalaufwand inländisch	408.866,79 €
Vorhaltekosten für Ersatzbetreuungseinrichtungen (inkl. Hotels und Beherbergungsbetriebe)	Gesamt	2.697.265,53 €
	Sachaufwand	2.580.563,75 €
	Personalaufwand	0,00 €
	Investitionen	0,00 €
Anschaffung der Rechtsträger für Schutzausrüstungen, Hygieneartikel (wenn iZm Ersatzbetreuungseinrichtungen, ansonsten Verweis auf COVID-19-Zweckzuschussgesetz)	Gesamt	40,60 €
	Sachaufwand	40,60 €
	Personalaufwand	0,00 €
Übernahme von 24-Stunden-Betreuungstätigkeiten durch Hauskrankenpflege	Gesamt	234.845,86 €
	Sachaufwand	234.845,86 €
	Personalaufwand	0,00 €
Personalkosten zur Vermeidung von un- und Unterversorgung im häuslichen Umfeld durch mobile Dienste	Gesamt	2.952.841,93 €
	Sachaufwand	
	Personalaufwand	
Abrechnung Sonderbestimmung Förderung 24-Stunden-Betreuungspersonen	Gesamt	2.614.492,30 €
	Rückerstattung für NÖ 2020	
	Rückerstattung für NÖ 2021	
Maßnahmen im Rahmen des Besuchsmanagements (exkl. Kosten für Testkits)	Gesamt	30.204.167,53 €
	Sachaufwand	3.270.160,81 €
	Personalaufwand	14.688.914,22 €
	Investitionen	548.191,67 €
Kosten für Hilfspersonal , das erforderlich ist, um geschultes Fachkräftpersonal zu entlasten und zu unterstützen, um Pflege- und Betreuungsleistungen qualitätsgesichert aufrecht zu erhalten	Gesamt	17.052.429,24 €
	Sachaufwand	1.053.143,18 €
	Personalaufwand	5.616.638,15 €
Kosten von Unterstützungsstrukturen für das Pflege- und Betreuungspersonal (z.B. Coachingmaßnahmen, Supervisionen), um einen Ausfall des Pflege- und Betreuungspersonals hintanzuhalten	Gesamt	2.812.527,60 €
	Sachaufwand	840.862,71 €
	Personalaufwand	966.255,16 €
Personalkosten, die im Zuge der Unterstützung des Pflege- und Betreuungspersonals in Alten- und Pflegeheimen durch mobile Hilfsdienste zur Entlastung des Pflege- und Betreuungspersonals in den Alten- und Pflegeheimen entstehen	Gesamt	3.220.514,71 €
	Sachaufwand	160.827,80 €
	Personalaufwand	2.988.867,40 €
Bonizahlungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal	Gesamt	47.096.027,66 €
	Bonizahlungen an Betreuungs- und Pflegepersonal	31.066.299,98 €
	Bonizahlungen an Pflegepersonal in Bereichen der Betreuung von Menschen mit Behinderung	9.998.821,46 €
	Bonizahlungen an Reinigungspersonal	2.886.406,22 €
Personal-/Verwaltungsaufwand des Landes für alle Maßnahmen	Gesamt	2.292.178,31 €
Alle Maßnahmen	Gesamt	139.680.183,05 €
Verausgabter Zweckzuschuss	01.03.2020 - 30.06.2023	139.680.183,05 €
Nicht verausgabter Zweckzuschuss	per 30.06.2023	10.319.816,95 €
Ausbezahlter Zweckzuschuss	lt. Vereinbarung Stand 06.12.2021	150.000.000,00 €
Zweckzuschuss-Ausschöpfungsgrad	01.03.2020 - 30.06.2023	93,12%

1.3 Härtefallfonds

An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, werden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorliegt.

Die Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 28. Juni 2022 wurde im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft erlassen. Anträge gemäß dieser Richtlinie konnten von 19. September bis 30. November 2022 eingebracht werden.

Nachdem mit BGBl. I Nr. 170/2022 das Härtefallfondsgesetz verlängert wurde, wurde mit der Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 23. November 2022 die Antragsfrist, im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, dahingehend adaptiert, dass Anträge bis 30. April 2023 eingebracht werden können.

Die Dotierung erfolgt durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Der WKÖ werden die Kosten einer Beauftragung des Dachverbands der Sozialversicherungsträger für die technische Umsetzung der erforderlichen Schnittstelle bis zu einer maximalen Höhe von 110.000,00 € ersetzt. Der gesamte zur Verfügung stehende Betrag ist abzüglich des Kostenersatzes an die WKÖ an die Fördernehmer:innen auszuzahlen bzw. nicht verbrauchte Fördermittel sind ehestmöglich an den Bund zurückzuzahlen.

Folgende Statistik wurde von der WKO mit Stichtag 30.06.2023 übermittelt:

- Eingelangte Anträge: 6.997
- Positiv erledigte Anträge: 907
- Abgelehnte Anträge: 6.086
- Offene Anträge: 0
- Zurückgezogene Anträge: 4
- Durchschnittliche Förderhöhe pro Fördernehmer:in: 3.337,69 €

Bisher von der WKÖ zur Zahlung freigegebenes Fördervolumen: 3.027.288,75 €

1.4 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB

Titel	Grüner Pass, Teil UG 21 (DB 21.01.01.00)		
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 205.614,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt		
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel wurden für den IT-Betrieb des Grünen Passes benötigt. Grundlage: MRV 52/11 vom 17. März 2021		
Materielle Auswirkungen	Mit dem Grünen Pass wurde ein Instrument zur Verfügung gestellt, welches einen einheitlich gestalteten Nachweis über den Impf-, Genesungs- bzw. Teststatus einzelner Personen ermöglicht.		
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023
	Summe	205.614,00	0,00
	Gesamt	205.614,00	

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 12.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der ARR 2014 eingesetzt. Folgende Projektträger wurden mit insgesamt 11.730.126,00 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • Pro mente Oberösterreich • Sindbad - Mentoring für Jugendliche Österreich • Theater der Unterdrückten • Verein Pat:innen für alle • Verein Kriseninterventionszentrum • AFYA – Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam - Verein Interkulturelle Arbeit • Bundesverband Österreichischer Psycholog:innen • Die möwe • Verein zur Förderung und Führung von Kindern-, Jugend- und Familiencamps • Verband der österreichischen Tafeln • ÖPA – Österreichische Plattform für alleinerziehende Mütter/Väter und ihre Kinder • FEM.A – Verein Feministische Alleinerzieherinnen • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark • poika – Verein zur Förderung von gendersensibler Bubenarbeit in Erziehung und Unterricht • Die Armutskonferenz • Verein MAIZ, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen • Institut für Konfliktforschung • Österreichischer Gewerkschaftsbund • Dachverband Männer-, Burschen-, und Väterarbeit Österreich (DMÖ) • Institut für Frauen- und Männergesundheit • "Wiener Frauenhäuser" - Soziale Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder • undok - Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender • ASB Schuldnerberatungen GmbH • Volkshilfe Solidarität • Verein Grow together. Für einen guten Start ins Leben • Verein zur Förderung der National Coalition – Netzwerk Kinderrechte Österreich

	<p>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Die übrigen Mittel in Höhe von 269.874,00 € wurden für Werkverträge eingesetzt. Hierzu wird auf die Angaben zum nachfolgenden Ausgabenschwerpunkt verwiesen.</p> <p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben, erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2023 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • pro mente Oberösterreich – Gesellschaft für psychische und soziale Gesundheit • Verband der österreichischen Tafeln • Kriseninterventionszentrum • Berufsverband Österreichischer Psychologinnen und Psychologen • Verein PatInnen für alle – Patenschaften für Kinder und Jugendliche in Familien und Fremdenbetreuung • Die möwe Kinderschutz gemeinnützige GmbH • AFYA: Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam – Verein Initiative Interkulturelle Arbeit <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind.</p>

	Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.		
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 von den angeführten NGO´s rücküberwiesen (Beträge in €):		
		Vormonate	Juni 2023
	Summe	-504.717,60	-6.136,06
	Gesamt	-510.853,66	
	Insgesamt wurden seit Pandemiebeginn im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023
	Summe	11.705.701,32	-510.853,66
	Gesamt	11.194.847,66	

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Ein Teil der bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Werkverträge eingesetzt. Damit wurden folgende Projekte finanziert:</p> <p>Volkshilfe Wien gemeinnützige Betriebs-GmbH: „Vorstudie betreffend die Durchführung von Projekten zur COVID-19-bedingten Delogierungsprävention und Wohnungssicherung“.</p> <p>Bundesanstalt Statistik Austria, SILC Express: „So geht’s uns heute.“ Pilotstudie für die unterjährige Datenerhebung zu sozialer Eingliederung, Lebensbedingungen und Wohlbefinden (nationale Kofinanzierung zu Eurostat Grant SMP-ESS-2021-ILC-SILC_IBA)</p> <p>Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) Studie Familienleistungen nach Familientypen</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung und der Gefahr von Delogierungen und Wohnungslosigkeit.</p> <p>Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>269.874,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">269.874,00</td></tr> </table>			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	269.874,00	0,00	Gesamt	269.874,00	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023									
Summe	269.874,00	0,00									
Gesamt	269.874,00										

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 18.000.000,00 € im Jahr 2021 2.000.000,00 € im Jahr 2022
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19-Armutsbekämpfung“ eingesetzt. Folgende Projektträger wurden mit insgesamt 19.687.017,04 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Big Brothers Big Sisters Österreich • JUNO • FOOTPRINT - Betreuung, Freiraum & Integration für Betroffene von Frauenhandel & Gewalt • Caritas Österreich • Neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetzwerk • ABZ* Austria Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen • ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH • Volkshilfe Solidarität • Fremde werden Freunde • Hilfswerk Österreich • Diakonie Eine Welt – Sozial • Die Armutskonferenz • Verband der österreichischen Tafeln • Bundesgemeinschaft Freie Wohlfahrt <p>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit

Beschreibung der Maßnahmen	<p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben, erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2023 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • Verband der österreichischen Tafeln • Footprint – Betreuung, Freiraum und Integration für Betroffene von Frauenhandel und Gewalt <p>Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach 20 Mio. € aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID -19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährdete Personen verwendet werden sollen.</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig an Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.</p>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2023 von den angeführten NGO's rücküberwiesen (Beträge in €):	
		Vormonate
		Juni 2023
	Summe	- 261.545,04
	Gesamt	- 261.545,04
	Insgesamt wurden seit Pandemiebeginn im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):	
		2020 bis 2022
		Jänner bis Juni 2023
	Summe	19.687.017,04
	Gesamt	19.425.472,00

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 14.000.000,00 € im Jahr 2021
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2. Halbjahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt: Zuwendungen für Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von <u>bis zu 200 €</u> pro Kind (=Weiterführung der Anfang 2021 ebenfalls aus Mitteln des COVID-19-Gesetz-Armut finanzierten Maßnahme; Stichtag 31.7.2021);</p> <p>Die Leistung gebührte zusätzlich zu regulären Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Leistungen und gelangt über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 15.7.2021 in Kraft getreten sind).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020, idF BGBl. I Nr. 58/2021</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Die finanziellen Zuwendungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Haushalte für Kinder tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können.</p> <p>Mit den o.g. Maßnahmen soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Ausmaß bislang noch nicht abschätzbar ist. Bis zu 73.000 Kinder sollen erreicht werden.</p>
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden 14.000.000,00 € im Juli 2021 an die Bundesländer zur Auszahlung überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 13.574.800,86 € aus.</p> <p>Die nicht verwendeten Mittel iHv 425.199,14 € wurden von den Ländern im Jahr 2022 zur Gänze rücküberwiesen.</p>

	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023
	Summe	13.574.800,86
	Gesamt	13.574.800,86

Titel	Corona-Familienhärteausgleich, Teil UG 21									
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 13.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Finanzielle Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 50 Euro/Kind und Monat für 2 Monate; die Leistung gebührte zusätzlich zu „regulären“ Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsleistungen und gelangte über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgte auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMAFJ erstellt wurden (und am 1.07.2020 in Kraft getreten waren).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 38a Abs. 11 bis 14 Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967 idF des BGBl. Nr. 28/2020 (6. COVID-19-Gesetz)</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Mit den Zuwendungen leistete der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten (Entlastung bei Ausgaben des täglichen Bedarfs).</p> <p>Die Endabrechnung ergab, dass 89.681 Kinder mit diesen Mitteln unterstützt wurden.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden 13.000.000 € im Juli 2020 an die Bundesländer zur Auszahlung an die begünstigten Familien überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 8.265.103,62 € aus.</p> <p>Die nicht verwendeten Mittel iHv 4.734.896,38 € wurden von den Ländern im Jahr 2021 zur Gänze rücküberwiesen.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>8.265.103,62</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">8.265.103,62</td></tr></table>		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	8.265.103,62	0,00	Gesamt	8.265.103,62	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023								
Summe	8.265.103,62	0,00								
Gesamt	8.265.103,62									

Titel	Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement (DB 21.01.04.00)																							
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 580.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt 20.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt																							
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung hat der bestehende Anerkennungsfonds auch Anwendung auf Maßnahmen und Aktivitäten, die von anerkannten Trägern und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG zur Bewältigung der COVID-19-Krise geleistet wurden, gefunden. Damit konnten Zuwendungen an anerkannte Träger/Freiwilligenorganisationen gemäß § 36 Abs. 1a FreiwG gewährt werden, die 2020 im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krise standen und zur Sicherung des Freiwilligenengagements dienten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 36 Abs 1a Freiwilligengesetz, StF: BGBl. I Nr. BGBl. I Nr. 17/2012, BGBl I Nr. 41/2020 (10. COVID-19-Gesetz)</p>																							
Materielle Auswirkungen	29 anerkannte Träger und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG haben Mittel aus dem Anerkennungsfonds als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel erhalten (z.B. ASBÖ, Verein FSJ, Volontariat bewegt, Internationale Freiwilligeneinsätze, Caritas, Österr. Rote Kreuz etc.). Verteilung Bundesländer: K 2, OÖ 5, Sbg. 1, Stmk. 2, T 2, V 1, W 16)																							
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden Zahlungen in Höhe von 600.000,00 € an den Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement geleistet:</p> <table><tr><td>eingelangte Anträge</td><td>davon bewilligt</td><td>davon abgelehnt</td><td>davon offen</td><td>Auszahlungen</td></tr><tr><td>37</td><td>29</td><td>8</td><td>0</td><td>600.000,00 € (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>600.000,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">600.000,00</td></tr></table>					eingelangte Anträge	davon bewilligt	davon abgelehnt	davon offen	Auszahlungen	37	29	8	0	600.000,00 € (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	600.000,00	0,00	Gesamt	600.000,00	
eingelangte Anträge	davon bewilligt	davon abgelehnt	davon offen	Auszahlungen																				
37	29	8	0	600.000,00 € (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)																				
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023																						
Summe	600.000,00	0,00																						
Gesamt	600.000,00																							

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 20.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 100 Euro pro Kind (=Weiterführung der im Jahr 2020 aus Mitteln des Familienhärteausgleichs finanzierten Maßnahme); ▪ Energiekostenzuschüsse in Höhe von bis zu 100 Euro pro Haushalt bei vorliegendem SH- bzw. MS-Bezug. <p>Beide Leistungen gebühren zusätzlich zu regulären SH- bzw. MS-Leistungen und gelangen über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 20.01.2021 in Kraft getreten sind).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Die finanziellen Zuwendungen an SH- bzw. BMS-Haushalte für Kinder und zur Abdeckung von Energiekosten tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können.</p> <p>Mit den o.g. Maßnahmen soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Ausmaß bislang noch nicht abschätzbar ist. Bis zu 80.000 Kinder und mehr als 100.000 Haushalte sollen erreicht werden.</p>
Finanzielle Auswirkungen	Es wurden 20.000.000,00 € im Jänner 2021 an die Länder zur Auszahlung überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 18.868.220,00 € aus.

	Die nicht verwendeten Mittel iHv 1.131.780,00 € wurden von den Ländern im Jahr 2022 zur Gänze rücküberwiesen. Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023
	Summe	18.868.220,00	0,00
	Gesamt	18.868.220,00	

Titel	Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 Mittelbedeckung durch Umschichtungen aus dem DB 24.02.03 (COVID-19-Krisenbewältigungsfonds) gewährleistet im Jahr 2022. 20.000.000,00 € im Jahr 2022 ausbezahlt									
Beschreibung der Maßnahmen	An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, werden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorliegt. Weitere Details können dem Punkt 1.3 Härtefallfonds entnommen werden.									
Materielle Auswirkungen	Mit den Zuwendungen leistet der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten.									
Finanzielle Auswirkungen	Im Rahmen des Härtefallfonds wird der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83.000.000 € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen zur Verfügung gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20.000.000 € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt. Details zu dem ausgezahlten Fördervolumen der WKO können Sie dem Punkt 1.3 Härtefallfonds entnehmen. Bis zum Monatsende des Berichtszeitraums wurden folgende Zahlungen durchgeführt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>20.000.000,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">20.000.000,00</td></tr></table>		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	20.000.000,00	0,00	Gesamt	20.000.000,00	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023								
Summe	20.000.000,00	0,00								
Gesamt	20.000.000,00									

Titel	Zweckzuschuss Pflege (DB 21.02.02.00)																																		
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 100.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt 50.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt																																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Im Falle einer Pandemie kann den Ländern nach Maßgabe der aus dem Krisenfonds zur Verfügung stehenden Mitteln als Beitrag für die Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen, insbesondere für Ersatzbetreuungseinrichtungen sowie Clearingstellen sowie außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal, ein zweckgebundener Zuschuss zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz (BGBl. I Nr. 113/2021, Bundesgesetz, mit dem das Pflegefondsgesetz und das COVID-19-Zweckzuschussgesetz geändert werden)</p>																																		
Materielle Auswirkungen	Auf Basis § 2 Abs. 2b PFG leistet der Bund den Ländern für außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal einen Kostenersatz in Höhe von 150 Mio. €.																																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2022</th><th>Jänner bis Juni 2023</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Kärnten</td><td>9.494.266,30</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Vorarlberg</td><td>6.680.859,18</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Wien</td><td>32.121.665,93</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Burgenland</td><td>4.970.656,15</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Niederösterreich</td><td>28.412.821,60</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Oberösterreich</td><td>25.107.657,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Salzburg</td><td>9.403.114,36</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Steiermark</td><td>21.043.439,75</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Tirol</td><td>12.765.519,73</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td>150.000.000,00</td><td></td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Kärnten	9.494.266,30	0,00	Vorarlberg	6.680.859,18	0,00	Wien	32.121.665,93	0,00	Burgenland	4.970.656,15	0,00	Niederösterreich	28.412.821,60	0,00	Oberösterreich	25.107.657,00	0,00	Salzburg	9.403.114,36	0,00	Steiermark	21.043.439,75	0,00	Tirol	12.765.519,73	0,00	Gesamt	150.000.000,00	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023																																	
Kärnten	9.494.266,30	0,00																																	
Vorarlberg	6.680.859,18	0,00																																	
Wien	32.121.665,93	0,00																																	
Burgenland	4.970.656,15	0,00																																	
Niederösterreich	28.412.821,60	0,00																																	
Oberösterreich	25.107.657,00	0,00																																	
Salzburg	9.403.114,36	0,00																																	
Steiermark	21.043.439,75	0,00																																	
Tirol	12.765.519,73	0,00																																	
Gesamt	150.000.000,00																																		

2 UG 24 – Gesundheit

In der UG 24 werden die Aufwendungen für Kostenersätze an die Länder und die SV-Träger für die unmittelbaren Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie abgewickelt.

Es soll ein zusammenfassender Einblick zu den Themenbereichen Testen, Impfen, Covid-19-Arzneimittel, Abwassermonitoring, Verdienstentgang und der Schutzausrüstung vorgelegt werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass diese Angaben vom Stand der Abrechnungen der jeweiligen Länder bzw. SV-Träger bedingt werden. Bei allen Übersichten zu Maßnahmen, die im Bereich der Abwicklung durch die Bundesländer durchgeführt werden, sind Informationen zum Stand der jeweiligen Refundierung an die Länder dargestellt, bei den durch die SV-Träger abgewickelten Maßnahmen ist dieser Bundesländervergleich nicht möglich.

2.1 Testen

Österreich setzte seit der Verfügbarkeit von Antigen- bzw. PCR-Testungen ab Ende des Jahres 2020 auf breit angelegte Testprogramme und niederschwellig verfügbare Testangebote. Die Abwicklung der Testungen folgt der nationalen Teststrategie unter Berücksichtigung der jeweiligen länderspezifischen Besonderheiten. Die Kostentragung für die Testungen wird im Zuständigkeitsbereich des BMSGPK einerseits gemäß

- Epidemiegesetz und entsprechenden Erlässen an die Länder sowie
- durch Finanzierung von Testungen an Teststraßen gemäß Zweckzuschussgesetz und entsprechenden Richtlinien zur Kostentragung an die Länder und
- durch einschlägige Regelungen im ASVG und der Parallelgesetze (insbesondere Testungen an Apotheken) durchgeführt.

Für die Testungen wurden seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2023 insgesamt 4.572,3 Mio. € verausgabt. Darin sind alle Ausgaben enthalten, die nach den oben angeführten Rechtsgrundlagen angefallen sind. Davon entfallen auf den Bereich

- des ASVG und der Parallelgesetze rd. 1.448,2 Mio. €
- des Zweckzuschusses rd. 1.278,2 Mio. €,
- des Epidemiegesetzes rd. 1.562,8 Mio. €,
- und auf die Beschaffung von Wohnzimmertests gemäß Ermächtigungsgesetz sowie die Aufwendungen für „Österreich testet“ rd. 283,1 Mio. €.

Testungen an Schulen und in Betrieben werden federführend durch BMBWF und BMAW finanziert und sind nicht Gegenstand dieses Berichtes.

Schul-, Apotheken- und Betriebstestungen werden größtenteils über eigene Meldeschienen erfasst und sind in den Testungszahlen der Bundesländer nicht inkludiert. Da die exakte Exklusivität der kumuliert durchgeführten Testungen nicht immer tagesaktuell garantiert werden kann, werden diese Testungen jedoch auf der Corona-Webseite gesondert ausgewiesen und nicht aufsummiert. Die Testungszahlen unterliegen einem kontinuierlichen Qualitätssicherungs- und Optimierungsprozess. Das BMSGPK ist im stetigen Austausch mit den Bundesländern, um die harmonisierte und einheitliche Meldung zu gewährleisten.

Die folgenden Übersichtstabellen 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.3 geben Informationen zu der Anzahl der durchgeführten Tests.

Aufgrund durchgeführter Qualitätssicherungsprozesse kann es bei den in der Tabelle 2.1.3. angeführten Testungszahlen zu Abweichungen für die Jahre 2020-2022 im Vergleich zum letzten Bericht kommen.

Die Darstellung der durch das BMSGPK an die Länder refundierten Kosten gemäß Epidemiegesetz und Zweckzuschussgesetz sind in den Tabellen 2.8.1 bis 2.8.4 zusammengefasst.

Tabelle 2.1.1 Anzahl der durch die Bundesländer gemeldeten PCR und Antigen-Testungen **seit Beginn der Teststrategie bis 30.06.2023**

		Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2020		114.624	175.569	698.629	465.906	217.713	659.384	770.451	365.702	1.140.023	4.608.001
gesamt 2021		3.546.929	5.459.911	20.868.942	18.828.225	8.426.931	15.761.403	6.542.814	5.247.248	34.288.700	118.971.103
gesamt 2022		2.241.599	1.312.599	19.355.740	6.576.920	2.467.263	6.112.318	2.888.713	1.685.157	37.998.775	80.639.084
Jänner 2023		44.918	17.045	105.321	84.570	32.071	91.105	29.623	11.163	854.975	1.270.791
Februar 2023		34.269	11.847	74.502	68.940	30.729	190.603	34.024	12.700	658.065	1.115.679
März 2023		37.708	9.276	70.656	64.860	24.397	77.149	24.180	11.546	369.471	689.243
April 2023		15.812	3.536	26.092	21.623	11.900	38.723	7.192	4.356	151.122	280.356
Mai 2023		4.916	1.959	13.413	6.805	5.575	21.743	2.911	2.310	77.074	136.706
Juni 2023		3.295	1.108	7.753	3.167	2.741	11.249	1.340	1.248	41.206	73.107
gesamt 2023		140.918	44.771	297.737	249.965	107.413	430.572	99.270	43.323	2.151.913	3.565.882
Gesamtergebnis 2020 - 2023		6.044.070	6.992.850	41.221.048	26.121.016	11.219.320	22.963.677	10.301.248	7.341.430	75.579.411	207.784.070
davon PCR-Testungen		2.381.729	1.759.167	15.309.816	6.822.083	3.354.389	6.970.766	4.558.834	1.672.987	67.889.539	110.719.310
davon Antigentestungen		3.662.341	5.233.683	25.911.232	19.298.933	7.864.931	15.992.911	5.742.414	5.668.443	7.689.872	97.064.760

Tabelle 2.1.2: Anzahl Apothekentestungen 01.02.2021 bis 30.06.2023

		Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2021		1.510.660	1.653.367	3.701.517	2.244.284	1.175.549	3.901.670	1.997.185	1.636.833	8.630.931	26.451.996
gesamt 2022		1.674.379	1.841.270	4.376.528	1.540.197	782.103	3.570.984	946.206	687.996	7.542.284	22.961.947
Jänner 2023		31.292	12.835	108.454	22.470	12.056	54.876	812	1.193	275.918	519.906
Februar 2023		25.543	9.869	98.995	23.062	10.855	47.475	734	1.220	260.312	478.065
März 2023		22.565	10.576	68.646	22.423	8.271	44.489	626	1.023	127.673	306.292
April 2023		11.989	3.784	28.232	10.177	3.685	19.600	269	449	59.129	137.314
Mai 2023		5.610	1.598	11.346	3.697	1.430	11.196	177	191	30.258	65.503
Juni 2023		3.055	683	4.958	1.481	494	4.256	114	65	17.867	32.973
gesamt 2023		100.054	39.345	320.631	83.310	36.791	127.016	2.732	4.141	771.157	1.540.053
Gesamtergebnis 2021 - 2023		3.285.093	3.533.982	8.398.676	3.867.791	1.994.443	7.599.670	2.946.123	2.328.970	16.944.372	50.953.996
davon PCR-Testungen		1.852.955	1.950.123	4.899.728	1.810.000	836.485	3.945.947	1.174.996	680.185	8.546.355	25.696.774
davon Antigentestungen		1.432.138	1.583.859	3.498.948	2.057.791	1.157.958	3.708.599	1.771.127	1.648.785	8.398.017	25.257.222

Tabelle 2.1.3: Anzahl Screeningprogramme AGES 01.11.2021 bis 30.06.2023

	Alten- und Pflegewohnheime	Mobile Pflege und Betreuung	Chancengleichheits- einrichtungen	Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	Gesamtergebnis
2020	353.419	236	19	0	353.674
2021	3.132.307	270.112	533.909	59.768	3.996.096
2022	2.667.545	162.573	791.630	62.217	3.683.965
Jänner 2023	59.212	4.045	20.725	4.930	88.912
Februar 2023	48.903	3.432	23.320	4.757	80.412
März 2023	45.330	3.535	21.122	4.644	74.631
April 2023	17.379	2.312	8.348	2.378	30.417
Mai 2023	6.796	2.258	5.239	5.057	19.350
Juni 2023	1.614	769	373	3.603	6.359
gesamt 2023	179.234	16.351	79.127	25.369	300.081
Gesamtergebnis 2020 bis 2023	6.332.505	449.272	1.404.685	147.354	8.333.816

2.2 Impfen

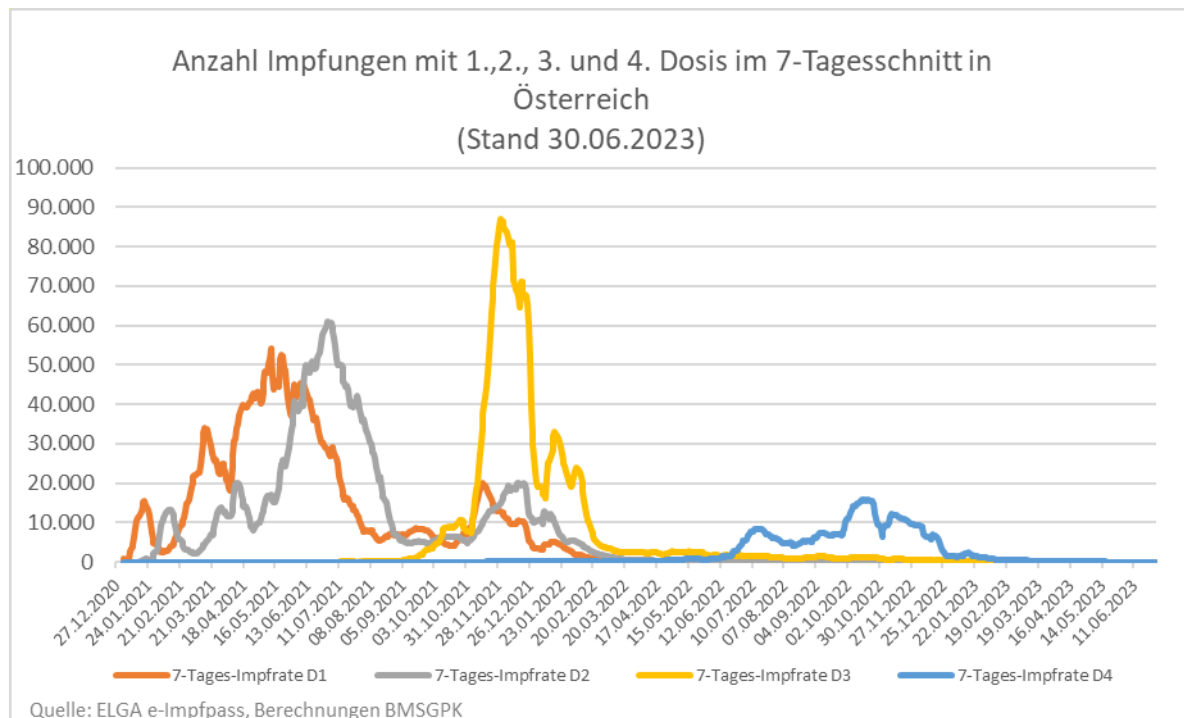
Seit Beginn der COVID-19 Impfungen wurden bis zum Stichtag 30.06.2023 gesamt 20.489.468 Impfungen verabreicht. Für die Abwicklung der erfolgten Impfungen wurden bisher seit Beginn der Pandemie bis 30.06.2023 insgesamt rd. **1.451,8 Mio. €** verausgabt.

Davon entfallen auf den Bereich

- des ASVG und der Parallelgesetze rd. 141,3 Mio. €,
- des Zweckzuschusses rd. 390,8 Mio. €,
- auf die Impfstoffbeschaffung rd. 861,8 Mio. €,
- auf die Logistik und die Verbrauchsmaterialien rd. 40,2 Mio. €
- und die Aufwendungen für den E-Impfpass, Impfkampagne und Vorbereitungen zur Durchsetzung der Impfpflicht rd. 17,7 Mio. €

Nach dem Start der Impfungen am 27.12.2020 waren die Impfstoffe noch einer strengen Alters- und Berufsregulierung ausgesetzt. Mit der größeren Verfügbarkeit von Dosen ab dem 2. Quartal 2021, stieg die 7-Tages-Impfrate in den folgenden Wochen stark an. Eine gewisse Wellentendenz zwischen Erst- und Zweitdosen ist insbesondere in den ersten Monaten zu beobachten, als Impfstoffe für Zweitdosen verwendet werden mussten, und die Anzahl der verimpften Erstdosen vorübergehend zurückging (siehe Abbildung 2.2.1). Mitte Mai 2021 konnte dann mit über 50.000 durchschnittlich täglich erstgeimpften Personen der Höchstwert erreicht werden. Für die Zweitimpfungen ergab sich der Höchstwert von leicht über 60.000 Impfungen Mitte Juli 2021. Spätestens ab diesem Punkt überstieg das Angebot die Nachfrage nach Impfungen und der tägliche Umfang an Impfungen ging schnell zurück. Anfang November 2021 stiegen die Impfungen wiederum stark an. Mit Abstand stärkster Treiber dafür waren die Drittdosen, die einen 7-Tages-Durchschnitt von nahezu 90.000 erreichten. Aber auch Erst- und Zweitimpfungen stiegen weit über das Niveau von Sommer und Herbst 2021. Bei den Viertdosen ist seit Ende des 2. Quartals 2022 ein Anstieg zu beobachten. Im 2. und 3. Quartal 2022 wiederum war das Impfgeschehen von Booster-Impfungen dominiert. Seit Ende 2022 ist das Impfgeschehen stark zurückgegangen.

Abbildung 2.2.1: Zeitreihe der Verabreichung der Teilimpfungen



Verfügbarkeit der Impfstoffe: Zu Beginn der Impfkampagne ab Ende 2020 war nur Impfstoff des Herstellers Biontech/Pfizers verfügbar, der sich durch hohe Zuverlässigkeit bei der Verfügbarkeit auszeichnete und der insgesamt den am meisten verabreichten Impfstoff darstellt. Der Impfstoff des Herstellers Moderna war ab Mitte Januar 2021 im Einsatz, wenngleich in geringerem Ausmaß. Seit Februar 2021 war Impfstoff des Herstellers Astra Zeneca zugelassen, es bestanden aber seit Beginn anhaltende Liefer- und Akzeptanzprobleme. Johnson & Johnson (Janssen) ist seit April 2021 in Österreich im Einsatz, auch hier waren Lieferprobleme zu verzeichnen. Dieser Impfstoff wurde zu Beginn als Einzeldosis verwendet. Mangelnde Akzeptanz, insbesondere nach Einführung einer doch notwendigen Zweitdosis führte auch hier dazu, dass sowohl der Impfstoff von Johnson & Johnson als auch jener von Astra Zeneca im Rahmen der Spendenprogramme weitergegeben werden konnte.

Das Jahr 2022 war vor allem durch eine Verbreiterung des Impfstoffportfolios geprägt. So waren nun auch proteinbasierte Impfstoffe (Novavax ab Februar 2022, Valneva ab August 2022, Sanofi ab Dezember 2022) verfügbar. Beim mRNA Impfstoff von BioNTech/Pfizer war ab Dezember 2021 Kinderimpfstoff verfügbar, ab September 2022 waren auch auf die neue Varianten BA1 und BA.4-5 angepasste Impfstoffe verfügbar. (siehe Tabelle 2.2.1 und 2.2.2.). Ebenfalls im September 2022 wurde Österreich auch mit dem angepassten Moderna BA1 Variantenimpfstoff beliefert und ab Jänner 2023 auch BA.4-5.

Die an die Länder gemäß ZweckzuschussG refundierten Kosten für die Impfungen sind den Tabellen 2.8.3.-2.8.4. zu entnehmen.

Tabelle 2.2.1: Liefermengen an Impfstoffen 2020 bis Juni 2023 (inklusive Direktspenden)

Impfstoff	2020	2021	2022	2023 Q1	2023 Q2
Astra Zeneca		5.174.000	760.800		
BioNTech/Pfizer	61.425	16.461.318	16.988.190		
Moderna		3.488.300	4.397.810	102.000	
Johnson & Johnson		2.286.000	2.174.400		
Novavax		-	2.641.100		20.000
Sanofi		-	371.000	1.872.300	
HIPRA		-	-	-	-
Valneva		-	151.200	-	-
Gesamt	61.425	27.409.618	27.484.500	1.974.300	20.000
Gesamt (kumuliert)	61.425	27.471.043	54.955.543	56.929.843	56.949.843
inkl. aller Direktspenden					

Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme:

Mit Abstand die meisten gespendeten Dosen, sowohl in Umfang als auch in Anzahl der Destinationen, betreffen Astra Zeneca Impfstoffe, die aufgrund der mangelnden Verwendung in Österreich verfügbar wurden.

Die meisten weiteren Spenden erfolgten durch das COVAX Programm. Betroffen hiervon sind insbesondere zwei Johnson & Johnson (Janssen) Spenden. Durch das COVAX Programm kam es auch zu einer Biontech/Pfizer Spende. Es gab außerdem eine einzelne, vergleichsweise kleine Spende von Moderna an die OSZE. Die Details dazu sind der Tabelle 2.2.2 zu entnehmen.

Tabelle 2.2.2: Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme

Astra-Zeneca	Dosen
Ukraine	250.000
Libanon	101.600
Bosnien und Herzegowina	498.800
Tunesien	50.000
Costa Rica	50.000
Iran	1.000.000
Tadschikistan	50.000
Usbekistan	150.000
Vietnam	50.000
Bangladesch	1.251.520
Ghana	345.100
Georgien	5.000
COVAX	415.200
Gesamt	4.217.220

Johnson & Johnson	Dosen
Burkina Faso	396.000
Philippinen	266.400
Afghanistan	331.200
Sudan	1.000.800
Tanzania	957.600
Niger	216.000
Gesamt	3.168.000

Moderna	Dosen
OSZE	1.200
Gesamt	1.200

Pfizer	Dosen
Brazilien	1.120.320
Pakistan	501.120
Mexiko	33.600
El Salvador	28.800
COVAX	19.200
Davon an Tanzania	17.280
OSZE	402
Nepal	400.320
Madagaskar	51.840
Gesamt	2.155.602

Im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme wurden bis 30.06.2023 insgesamt 9.542.022 Dosen Impfstoffe gespendet.

2.3 Impfkampagne

Die operative Umsetzung der Impfkampagne der Bundesregierung erfolgt aus den Mitteln des COVID 19 Fonds seit 01.01.2022 in der GECKO Geschäftsstelle im BKA. Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Fortführung dieser Informationskampagne zur Corona-Schutzimpfung „GemeinsamGeimpft“ vom 01.07.2022 bis 31.12.2022 strategisch weiterentwickelt und finanziert.

Die Maßnahmen umfassten eine breit angelegte Dachkampagne, um in der Öffentlichkeit das Bewusstsein zu schärfen, dass die Corona-Schutzimpfung der wichtigste Hebel zur Überwindung der Pandemie ist. Die Dachkampagne wurde ergänzt durch eine „bottom-up“-Kampagne, die über relevante Multiplikatoren, wie z.B. Ärzte und Ärztinnen, Apotheker:innen, eine möglichst direkte und persönliche Kommunikation mit den definierten Zielgruppen ermöglichen sollte.

Es wurden rd. 8,6 Mio. € an Mitteln des COVID 19-Fonds für eine umfassende Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung zur Situation rund um das Corona-Virus (COVID-19) vom BMSGPK verausgabt.

Primäres Ziel der Informationskampagne: Bewusstsein aufrechterhalten – Eigenverantwortung stärken

Alle in Österreich lebenden Menschen sollten motiviert werden, impfen zu gehen. Dazu sollte eine allgemeine Grund-Awareness in der Bevölkerung für das Thema erhalten bzw. geschaffen werden. Die Botschaft bleibt: „Impfen schützt. Impfen ist das beste Mittel, um mit dem Corona Virus langfristig zu leben und die Pandemie einzudämmen“.

Es soll das Bewusstsein und die Gesundheitskompetenz geschaffen werden, dass die Einhaltung aktueller Impfeempfehlungen vor der nächsten Infektionswelle - abhängig von der vorherrschenden Virusvariante - entscheidend ist, um die kommenden Monate ohne wesentliche Einschränkungen zu überstehen.

Sekundäres Ziel: Aktivierung von Impfbereiten durch „Bottom-up-Ansatz“

Vor allem die Gruppe, die eine grundlegende Bereitschaft hätte und bisher nicht erreicht werden konnte, soll durch den „Bottom-up-Ansatz“ und das Prinzip von „Social Proof“ von Organisationen oder Einzelnen auf die Impfung und aktuelle Impfmöglichkeiten angesprochen werden.

Zur Erfüllung der genannten Ziele wurden im Rahmen der Dachkampagne Werbemittel für eine breite Ausspielung im Bereich Print, TV und Hörfunk, Online, Out-of-Home sowie Digital Out-of-Home entwickelt.

Neben der Ausspielung der Sujets, dem TV-Spot und HF-Spot wurden diverse zielgruppenspezifische Sonderformate entwickelt, z.B., Advertorials oder Pre-Roll Host-Reads im Rahmen von Podcast-Werbung.

Für die Bottom-up Ansprache wurden zielgruppenspezifische Informationsfolder entwickelt: für Schulen, für Arztpraxen und für Apotheken. Weitere Sonderformate waren Free Cards, Bierdeckel und Verkehrsmittelwerbung.

Zusätzlich wurde die Kampagne auch über die Sozialen Medien verbreitet. Kanäle waren Facebook, Instagram, YouTube. Um auch verstärkt eine jüngere Zielgruppe anzusprechen, wurden die Kampagne auch über TikTok ausgespielt.

Als Landingpage für die Kampagne wurde die Webseite www.gemeinsamgeimpft.at weiter ausgebaut und mit zusätzlichen Features weiterentwickelt, wie zB einem Blog.

Die Kampagne wurde von der Kreativ Agentur BBDO/Rosenberg entwickelt und durch die Media-Agentur Mediacom ausgespielt.

Je nach Zielgruppe sind laufend unterschiedliche Aktivitäten in verschiedensten Medienformaten erfolgt. Im Rahmen der Kampagne wurden folgende Zielgruppen unterschieden:

Primäre Zielgruppe

Es sollen alle angesprochen werden, die mindestens eine Corona-Schutzimpfung erhalten haben und eine weitere benötigen, um dem aktuell geltenden Impfschema zu entsprechen. Besonders wichtige Zielgruppen innerhalb der Gesamtbevölkerung sind:

- Personen mit einem erhöhten Risiko für einen schweren Verlauf oder eine Erkrankung mit Todesfolge
 - Personen über 80 Jahren
 - Risikopersonen und chronisch kranke Personen jeden Alters
 - Personen über 65 Jahren
- Genesene aufgrund geänderter Empfehlung (Genesung ersetzt keine Impfung mehr)

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
 - Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren aufgrund geänderter Empfehlung
 - Schulkinder aufgrund Impfempfehlung vor allem vor/mit Schulbeginn
 - Jugendliche und junge Erwachsenen, die durch viele Sozialkontakte ein erhöhtes Ansteckungsrisiko haben
 - Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau
- Familien und Elternteile/ Bezugspersonen von Kindern unter 12 Jahren
- Migrant:innen mit besonderer Berücksichtigung von Angeboten in Fremdsprachen
- Nicht Erwerbstätige

Sekundäre Zielgruppe

Multiplikator:innen, die als wahrgenommene Expert:innen, Vertrauenspersonen, Influencer, etc. wichtige Bezugspersonen für andere sind und dazu beitragen können, die Impfentscheidung(en) anderer in ihrem Umfeld zu unterstützen bzw. positiv zu beeinflussen.

Zusätzliche Informationen können auf folgenden Internetseiten abgerufen werden:

www.gemeinsamgeimpft.at

<https://www.facebook.com/gemeinsamgeimpft>

https://www.instagram.com/gemeinsam_geimpft/

<https://www.youtube.com/channel/UCUUylknAR8FfbEcUo3QzG4g>

Die vom BMSGPK finanzierte und betreute Kampagne wurde im Zeitraum von 01. Juli 2022 bis 15. Jänner 2023 geschaltet.

2.4 Covid-19-Arzneimittel

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Beschaffung von COVID-19-Medikamenten getätigt, um möglichst rasch große Mengen an Arzneimitteln für die Versorgung von COVID-19-Patientinnen und Patienten in Österreich bereitstellen zu können. Es wurden dazu mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem BMSGPK zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen. Die konkrete Beschaffung belief sich auf insgesamt 407.490 Therapiezyklen.

Die medizinischen Leistungen, die für die Verabreichung notwendig sind, werden seitens der Sozialversicherung abgegolten. Für die Patientinnen und Patienten entstehen für die Behandlung keine Kosten.

Die Behandlung folgt den einschlägigen ärztlichen Empfehlungen und ist vorrangig für Risikopatientinnen und -patienten vorgesehen. Das Therapieboard des OSR hat eine Behandlung mit einem COVID-19-Medikament für folgende Personengruppe empfohlen:

- Personen im erhöhten Alter,
- Personen mit chronischen Erkrankungen (z.B. Diabetes),
- Personen mit Übergewicht und
- Personen mit Erkrankungen bzw. die Einnahme von Medikamenten, die das Immunsystem beeinflussen.

Ob eine Person der Risikogruppe angehört, wird im Einzelfall durch die behandelnden Ärzt:innen entschieden.

Mit der Beschaffung dieser COVID-19 Therapeutika wurden primär zwei Ziele verfolgt:

- das Vermeiden von Todesfällen und
- die Hospitalisierung der vulnerablen Personengruppe.

Zur Vermeidung einer Hospitalisierung waren die Therapeutika Lagevrio und Paxlovid vorgesehen. Bei diesen musste eine Behandlung so rasch wie möglich, somit bereits kurz nach einer COVID-19-Infektion, erfolgen, um die beste Wirksamkeit zu gewährleisten. Diese Arzneimittel müssen zu einem Zeitpunkt eingenommen werden, zu dem noch keine, oder nur milde Symptome erkennbar sind. Bei Personen, die aufgrund des Krankheitsverlaufes in einem Spital stationär behandelt werden müssen, ist die Wirksamkeit von Paxlovid und Lagevrio nicht mehr vollumfänglich gegeben. Zur Therapie dieser Patient:innengruppe dienen die COVID-19 Therapeutika Xevudy, Evusheld und Regkirona.

Seit Beginn der Pandemie bis zum Juni 2023 hat das BMSGPK für die Beschaffung von COVID-19 Arzneimittel insgesamt rund **265,8 Mio. €** ausgegeben.

Eine Übersicht der verbrauchten und verfügbaren Mengen an COVID 19-Arzneimitteln ist in Tabelle 2.4.1 und 2.4.2 dargestellt.

Tabelle 2.4.1: In Österreich verbrauchte COVID-19-Arzneimittel (Stand: 30.06.2023)

COVID-19 Therapeutika Verbrauch [Einheiten] Stand: 30.06.2023		Xevudy® (Sotrovimab, VIR- 7831)	Lagevrio® (Molnupiravir)	Regkirona® (Regdanvimab)	Paxlovid® (PF-07321332 + Ritonavir)	Evusheld® (AZD7442)	Summe
2022	Jänner	1.009	231	2	0	0	1.242
	Februar	2.522	980	66	0	0	3.568
	März	3.054	2.317	34	1.247	167	6.819
	April	1.000	2.043	6	2.576	482	6.107
	Mai	102	612	0	1.090	188	1.992
	Juni	246	1.251	1	3.471	207	5.176
	Juli	323	2.186	0	7.097	319	9.925
	August	99	1.469	0	6.259	402	8.229
	September	249	2.262	0	9.233	433	12.177
	Oktober	255	4.054	0	17.124	762	22.195
	November	95	2.030	0	7.627	330	10.082
	Dezember	64	3.422	0	10.104	239	13.829
2023	Jänner	28	1.582	0	5.019	134	6.763
	Februar	49	2.314	0	9.572	141	12.076
	März	37	389	0	7.896	104	8.426
	April	16	90	0	4.797	54	4.957
	Mai	0	17	0	1.434	11	1.462
	Juni	0	6	0	548	12	566
	Summe	9.148	27.255	109	95.094	3.985	135.591

Tabelle 2.4.2: Bestand der in Österreich verfügbaren COVID-19-Arzneimittel (Stand 30.06.2023)

Stand: 30.06.2023	Lieferung nach Österreich	Verbrauch verabreicht	Restbestand
Xevudy®	28.585	9.148	19.437
Lagevrio®	130.240	27.255	102.985
Regkirona®	60.000	109	59.891
Paxlovid®	180.000	95.094	84.906
Evusheld®	8.640	3.985	4.655
Ronapreve®	25	0	25
	407.490	135.591	271.899

2.5 Abwassermonitoring

Aufbauend auf der EU-Empfehlung 2021 hat das BMSGPK im Jänner 2022 die „Nationale Referenzzentrale für SARS-CoV-2 Abwassermonitoring“ (NRZ) etabliert (Start der Beprobung 17.01.22). Zu ihren Aufgaben zählt die Probenahme an 2 Zeitpunkten pro Woche in strategisch ausgewählten Kläranlagen in Österreich, deren Transport in die entsprechenden Laboreinrichtungen, die Organisation der Laboranalyse und die entsprechende Berichterstattung an das BMSGPK.

Die NRZ wird von der Arbeitsgemeinschaft Medizin unter der Projektleitung von Herrn Prof. Dr. Martin Steinlechner, interim. Direktor des Instituts für Gerichtliche Medizin (GMI), Medizinische Universität Innsbruck (MUI) umgesetzt. Dieses Monitoring ist derzeit auf 4 Jahre (bis Ende 2025) ausgelegt und erfasst seit 17.01.22 die 24 größten Kläranlagen Österreichs. Im Dezember 2022 wurde das Monitoringprogramm um 8 Kläranlagen erweitert und im Jänner 2023 (KW 04/2023) vollumfänglich auf insgesamt 48 Kläranlagen ausgebaut, die mit ihrem Einzugsgebiet mehr als 58 % der österreichischen Bevölkerung abdecken. Das Abwassermonitoring erfasst das SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen vergleichsweise schnell und kostengünstig in den an eine Kläranlage angeschlossenen Kommunen. Erhoben werden 2x pro Woche für jede Kläranlage die Virenfrachten (quantitative Analyse), die Anteile bekannter Varianten (Genotypisierung) sowie durch Sequenzierung das Vorkommen von unbekannten Mutationen. Die PCR basierte Variantenanalyse wurde Ende März 2023 eingestellt, da mit der Bestimmung der Virenfracht und nachfolgender Vollgenomsequenzierung das Auslangen gefunden wird.

Detaillierte Informationen zum Nationalen SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramm finden sich auf der Website www.abwassermonitoring.at und auf dem zugehörigen Dashboard werden die aktuellen Ergebnisse des Nationalen SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramms abgebildet.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2023 wurden vom BMSGPK für das Abwassermonitoring insgesamt bisher rund 1,7 Mio. € ausgegeben.

Tabelle 2.5.1 Durchgeführte Laboranalysen unter Kostentragung des BMSGPK

Probenauswertung	Verfahren	Auswertende Institution	Anzahl Proben 1. Quartal	Anzahl Proben 2. Quartal	Anzahl Proben gesamt 2023
Quantitative Analyse	RT-qPCR	MUI-GMI	1.169	1098	2.267
Genotypisierung	RT-qPCR	MUI-Virologie	619	–	619
Variantenanalyse¹	Ganzgenom Sequenzierung	CeMM	661	545	1.206

MUI – Medizinische Universität Innsbruck, GMI – Institut für Gerichtliche Medizin, CeMM – Forschungszentrum für Molekulare Medizin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Tabelle 2.5.2 Übermittelte Berichte

Titel des Berichts	Inhalt	Frequenz der Übermittlung	erhaltene Berichte bis Ende 2. Quartal 2023
Kurzbericht_BMSGPK_xxxx-xx-xx.pdf	Kurzbericht der Ergebnisse der quantitativen Analysen der beprobten Kläranlagen	1-2x/Woche	51
Bericht_BMSGPK_xxx x-xx-xx.pdf	Übersicht der Ergebnisse der quantitativen Analysen der beprobten Kläranlagen	1x/Woche	26
Variantenanalyse_B MSGPK_xxxx-xx-xx.pdf²	Enthält die Ergebnisse der Variantenanalyse der in der jeweiligen Woche gezogenen Proben	1x/Woche	13
Abwasser_Varianten_Bericht_inkl. SpecialMutations_xx xx-xx-xx.pdf	Zusammenfassung der Ergebnisse der Vollgenomsequenzierungen im jeweiligen Berichtszeitraum	1x/Woche	23

¹ Die PCR basierte Variantenanalyse wurde Ende März 2023 eingestellt, da mit der Bestimmung der Virenfracht und nachfolgender Vollgenomsequenzierung das Auslangen gefunden wird.

² Das File "Variantenanalyse_BMSGPK_2023-03-29.pdf" enthält die Ergebnisse der PCR basierten Variantenanalysen. Diese wurde mit Ende März 2023 eingestellt.

2.6 Verdienstentgänge gemäß Epidemiegesetz

Gemäß einschlägiger Bestimmungen des Epidemiegesetzes 1950 (EpiG) wurde bis 31. Juli 2022 für Personen mit positivem COVID-19-Test im Fall, dass sie an ihrer Berufstätigkeit behindert sind, an die Betriebe das Entgelt, das sie diesen Mitarbeiter:innen weiterhin ausbezahlt haben, auf Antrag durch die Bezirksverwaltungsbehörden refundiert. Seit diesem Zeitpunkt kommt ein Verdienstentgang nur mehr in Ausnahmefällen in Betracht, nämlich dann, wenn einer Person auf Grund der in der COVID-19-Verkehrsbeschränkungsverordnung (COVID-19-VbV) vorgesehenen Maßnahmen eine Behinderung des Erwerbs eingetreten und dadurch ein Vermögensnachteil entstanden ist.

Mit 1. Juli 2023 unterliegen Verdachts-, Erkrankungs- und Todesfälle an SARS-CoV-2 nicht mehr der Anzeigepflicht nach dem EpiG, so dass seit diesem Zeitpunkt keine Ansprüche auf Vergütung von Verdienstentgang mehr entstehen können.

Der Bund ersetzt den Ländern diese Kosten (§ 36 Abs. 1 EpiG und der dazu ergangene Erlass zur Kostentragung).

Die beiliegende Übersichten 2.8.1 und 2.8.2 stellt die aktuelle Verteilung der Verdienstentgangszahlungen an die einzelnen Bundesländer dar, wobei festgehalten wird, dass dies noch keine Übersicht zu den gesamten Aufwendungen erlaubt, da nur jene Beträge ausgewiesen werden, die durch die Länder zur Refundierung eingereicht wurden. Dabei sind hinsichtlich der Zeitpunkte, die bereits zur Refundierung vorgelegt werden, deutliche Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten.

Seit Oktober 2022 verzeichnet das BMSGPK eine verstärkte Aktivität in den Ländern um die bestehenden Rückstände aus der Bearbeitung der Anträge auf Verdienstentgang abzuarbeiten. So wurden von den Ländern im 2. Halbjahr 2022 Anträge in der Größenordnung von rund 573 Mio. € abgerechnet und vom BMSGPK zur Anweisung gebracht.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2023 wurden vom BMSGPK für die Verdienstentgänge nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes insgesamt bisher **rund 1.745,6 Mio. €** ausgegeben.

Die genaue Aufschlüsselung der bislang an die Bundesländer refundierten Aufwendungen kann den Tabellen 2.8.1 und 2.8.2 entnommen werden.

2.7 Schutzausrüstung

Im Rahmen des bisherigen Verlaufes der Pandemie wurden insgesamt für Schutzausrüstung rund **594,2 Mio. €** aufgewendet, davon im Rahmen der Vollziehung des Zweckzuschussgesetzes rund 510,4 Mio. €, der Bestimmung im ASVG und der Parallelgesetze rund 60,7 Mio. € und für Beschaffungen des BMSGPK direkt für spezielle Zwecke gemäß COVID ErmächtigungsG rund 23,1 Mio. € (siehe auch Tabelle 2.8.1 bis 2.8.4)

2.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	400.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersatzes gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)</p> <p><u>Anmerkung:</u> Mit BGBl. I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderleistungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Kostenersatzes gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32) n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. <p>Kostenersatzes für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. §§ 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950</p> <p>Kostenersatzes für die Durchführung des Abwassermonitorings (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz)</p>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):			
		Vormonate	Juni 2023	Gesamt
	§36(1) a Screeningprogramme	139.854.231,60	22.393.910,03	162.248.141,63
	§36(1) b Untersuchungen	65.313.321,09	6.342.441,05	71.655.762,14
	§36(1) d Absonderung v. Personen	547.416,00	0,00	547.416,00
	§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	0,00	0,00	0,00
	§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	1.873.290,70	0,00	1.873.290,70
	§ 36 (1) i Verdienstentgang	451.395.768,08	24.454.177,36	475.849.945,44
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	19.385.280,27	309.263,31	19.694.543,58
	Zertifikate Epidemiegesetz	238.612,26	21.183,11	259.795,37
	Sonst. Aufwendungen AGES	441.168,14	28.397,50	469.565,64
	Summe	679.049.088,14	53.549.372,36	732.598.460,50
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):			
		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
	§36(1) a Screeningprogramme	619.651.302,32	162.248.141,63	781.899.443,95
	§36(1) b Untersuchungen	693.994.637,45	71.655.762,14	765.650.399,59
	§36(1) d Absonderung v. Personen	700.986,01	547.416,00	1.248.402,01 €
	§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	189.781,53 €	0,00	189.781,53 €
	§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	45.975.383,18	1.873.290,70	47.848.673,88

	§ 36 (1) i Verdienstentgang	1.269.793.383,85	475.849.945,44	1.745.643.329,29
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	126.988.036,26	19.694.543,58	146.682.579,84
	Zertifikate Epidemie- gesetz	4.452.330,47	259.795,37	4.712.125,84
	Sonst. Aufwendun- gen AGES	14.762.126,52	469.565,64	15.231.692,16
	Summe	2.776.507.967,59	732.598.460,50	3.509.106.428,09

Tabelle 2.8.1 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG Jänner bis Juni 2023

2023 - gesamt Epidemiegesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2023															
(Beträge in €)															
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich
a) Screenings	100.107.142,14	3.939.530,76	4.046.528,02	34.219.294,32	247.100,00	8.994.677,00	7.378.048,75	1.332.110,00	107.118,20	1.023.695,24	746.697,20	106.200,00	0,00	0,00	162.248.141,63
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	47.635.137,40	2.579.795,01	3.499.868,37	5.092.543,56	0,00	932.707,94	901.709,30	4.669.946,34	3.083.142,39	3.260.911,83	0,00	0,00	0,00	0,00	71.655.762,14
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	391.573,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	155.842,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	547.416,00
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) die Gebühren der Epidemieärzte	91.628,95	0,00	77.846,17	509.586,00	0,00	55.362,94	64.022,98	1.074.843,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.873.290,70
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	64.367.254,80	44.644.482,62	97.565.038,27	162.028.057,99	181.058,50	37.619.013,09	9.346.238,62	39.928.246,16	20.170.555,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	475.849.945,44
n) §27a Beauftragungen	1.082.470,35	290.432,26	7.007.663,41	1.502.329,11	0,00	1.462.501,07	581.653,85	6.868.320,88	253.876,10	645.296,55	0,00	0,00	0,00	0,00	19.694.543,58
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	259.795,37	0,00	0,00	0,00	0,00	259.795,37
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	469.565,64	0,00	0,00	0,00	0,00	469.565,64
Summe Zahlungen 2023	213.675.207,38	51.454.240,65	112.196.944,24	203.351.810,98	428.158,50	49.064.262,04	18.271.673,50	54.029.309,30	23.614.692,08	5.659.264,63	746.697,20	106.200,00	0,00	0,00	732.598.460,50

Tabelle 2.8.2 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG 2020 bis Juni 2023

Epidemiegesetz gesamt seit 2020

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn																
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich	
a) Screenings	379.815.965,15 €	10.022.042,26 €	33.332.921,76 €	199.960.018,34 €	9.464.138,97 €	43.913.851,50 €	35.180.819,66 €	25.192.955,40 €	5.537.897,50 €	36.778.201,21 €	1.748.912,10 €	951.720,10 €	0,00 €	0,00 €	781.899.443,95 €	
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	230.971.017,42 €	64.017.957,96 €	71.580.854,24 €	91.122.829,44 €	29.212.718,22 €	73.213.433,34 €	21.131.497,40 €	103.173.820,26 €	23.864.278,52 €	57.361.992,79 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	765.650.399,59 €	
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	714.818,20 €	44.120,00 €	5.751,80 €	8.136,71 €	29.398,28 €	1.226,40 €	198.851,00 €	240.171,54 €	5.928,08 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.248.402,01 €	
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	585,60 €	52.392,50 €	3.353,39 €	133.450,04 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	189.781,53 €	
g) die Gebühren der Epidemieärzte	4.354.035,44 €	265.801,50 €	559.470,24 €	17.226.267,72 €	1.360.190,09 €	8.425.907,00 €	8.900.308,19 €	5.418.650,49 €	1.338.043,21 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	47.848.673,88 €	
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	147.545.160,70 €	209.156.927,37 €	431.312.944,00 €	406.707.000,46 €	9.954.084,00 €	133.086.717,41 €	45.337.363,26 €	266.198.000,61 €	96.345.131,48 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.745.643.329,29 €	
n) §27a Beauftragungen	27.855.459,34 €	1.510.853,74 €	28.913.206,32 €	43.510.887,37 €	3.246.460,26 €	12.187.346,21 €	5.384.476,22 €	9.210.149,50 €	5.283.238,39 €	9.580.502,49 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	146.682.579,84 €	
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.861.857,24 €	0,00 €	0,00 €	2.850.268,60 €	0,00 €	4.712.125,84 €	
AGES sonstiger Aufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	15.096.692,16 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	135.000,00 €	15.231.692,16 €	
Summe Zahlungen bis 2023	791.256.456,25 €	285.017.702,83 €	565.705.148,36 €	758.535.140,04 €	53.266.989,82 €	270.829.067,46 €	116.185.708,23 €	409.437.101,19 €	132.507.967,22 €	120.679.245,89 €	1.748.912,10 €	951.720,10 €	2.850.268,60 €	135.000,00 €	3.509.106.428,09 €	

III-1030 der Beilagen XXVII. GP - Bericht - 02 Hauptdokument

Titel	Umsetzung der 3G- Regelung (genesen, getestet und geimpft) durch Screening Portal „Österreich testet“, E-Impfpass und Grüner Pass (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	400.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um allen COVID-19 Getesteten, Genesenen und Geimpften eine rasche Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, wurde sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene ein einheitlich gestalteter Nachweis (Grüner Pass) geschaffen.</p> <p>Ebenso ist der E-Impfpass wesentlich an der Funktionsweise des Grünen Passes beteiligt.</p> <p>Als drittes Element in diesem Kontext ist auch der Betrieb des Screeningportal „Österreich testet“ anzuführen, um auch die getesteten Personen zu erfassen.</p> <p>Um eine Kompatibilität zwischen allen angeführten Systemen zu gewährleisten sowie die Ausfallsicherheit und die Anfragekapazitäten zu erhöhen, sind hier Aufwendungen in den Bereichen Entwicklung und IT Infrastruktur notwendig.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 und COVID-19-Maßnahmegesetz</p>
Materielle Auswirkungen	Betrieb des Grünen Passes zum Nachweis der Immunität gegen SARS-CoV 2.

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):			
		Vormonate	Juni 2023	gesamt
	Österreich getestet	4.419.290,18	277.555,06	4.696.845,24
	e-Impfpass	62.879,60	0,00	62.879,60
	Grüner Pass	1.363.045,12	127.506,04	1.490.551,16
	Summe	5.845.214,90	405.061,10	6.250.276,00
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):			
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	
Österreich getestet	15.937.172,26	4.696.845,24	20.634.017,50	
e-Impfpass	2.569.631,63	62.879,60	2.632.511,23	
Grüner Pass	12.024.665,60	1.490.551,16	13.515.216,76	
Summe	30.531.469,49	6.250.276,00	36.781.745,49	

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	200.000.000,00 € veranschlagt Von den im Dezember 2021 getätigten Vorauszahlungen für bereits vorgelegte Abrechnungen wurden im Berichtszeitraum 686.571.187,95 €³ abgerechnet. Die Tabelle 2.8.4 gibt Aufschluss über die bisher im Berichtszeitraum erfolgten Abrechnungen und deren Verwendung.
Beschreibung der Maßnahmen	Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 206/2022
Materielle Auswirkungen	Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt: <ul style="list-style-type: none"> ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten, im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 und ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5

³ Aufgrund von Rückzahlungen kam es zu Korrekturen, sodass der Abrechnungsstand im Bericht Juni 2023 einen geringeren Betrag als im Vorbericht ausweist

	<ul style="list-style-type: none">◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfkaktionen bis Juni 2023<ul style="list-style-type: none">◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten- §1b Z 3◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)																																																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><th></th><th>Vormonate</th><th>Juni 2023</th><th>gesamt</th></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td><td>4.250.254,91</td><td>748.417,59</td><td>4.998.672,50</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td><td>254.407,44</td><td>0,00</td><td>254.407,44</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td><td>1.336.249,93</td><td>0,00</td><td>1.336.249,93</td></tr><tr><td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td><td>9.864.011,54</td><td>0,00</td><td>9.864.011,54</td></tr><tr><td>§1b – Bevölkerungsweite Impfkaktionen</td><td>18.112.411,68</td><td>0,00</td><td>18.112.411,68</td></tr><tr><td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>33.350,00</td><td>0,00</td><td>33.350,00</td></tr><tr><td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>10,00</td><td>17.890,00</td><td>17.900,00</td></tr><tr><td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>33.850.695,50</td><td>766.307,59</td><td>34.617.003,09</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2023	gesamt	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	4.250.254,91	748.417,59	4.998.672,50	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	254.407,44	0,00	254.407,44	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.336.249,93	0,00	1.336.249,93	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	9.864.011,54	0,00	9.864.011,54	§1b – Bevölkerungsweite Impfkaktionen	18.112.411,68	0,00	18.112.411,68	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	33.350,00	0,00	33.350,00	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	10,00	17.890,00	17.900,00	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	0,00	0,00	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	0,00	Summe	33.850.695,50	766.307,59	34.617.003,09
	Vormonate	Juni 2023	gesamt																																																		
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	4.250.254,91	748.417,59	4.998.672,50																																																		
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	254.407,44	0,00	254.407,44																																																		
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.336.249,93	0,00	1.336.249,93																																																		
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	9.864.011,54	0,00	9.864.011,54																																																		
§1b – Bevölkerungsweite Impfkaktionen	18.112.411,68	0,00	18.112.411,68																																																		
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	33.350,00	0,00	33.350,00																																																		
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	10,00	17.890,00	17.900,00																																																		
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	0,00	0,00																																																		
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	0,00																																																		
Summe	33.850.695,50	766.307,59	34.617.003,09																																																		

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):			
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	505.412.011,22	4.998.672,50	510.410.683,72
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	59.199.267,17	254.407,44	59.453.674,61
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	131.845.320,40	0,00	131.845.320,40
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	7.448.170,78	0,00	7.448.170,78
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	246.140.693,13	1.336.249,93	247.476.943,06
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	998.436.109,29	9.864.011,54	1.008.300.120,83
§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen	372.729.338,89	18.112.411,68	390.841.750,57
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	18.252.270,03	33.350,00	18.285.620,03
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	4.093.158,18	17.900,00	4.111.058,18
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	24.239.326,20	0,00	24.239.326,20
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	70.947.771,82	0,00	70.947.771,82
noch nicht gegenverrechnetes Akonto	56.428.812,05	0,00	56.428.812,05
Summe	2.495.172.249,16	34.617.003,09	2.529.789.252,25
Zusätzlich sind zu diesen Beträgen 134.920,96 € an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die Buchhaltungsagentur des Bundes hinzuzurechnen.			

Tabelle 2.8.3: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG Jänner bis Juni 2023

2023 - gesamt Zweckzuschussgesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2023 (Beträge in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	0,00	298.642,25	0,00	1.565.915,91	0,00	1.802.768,37	1.331.417,03	-71,06	0,00	4.998.672,50
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	254.407,44	0,00	0,00	254.407,44
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	0,00	0,00	0,00	161.385,24	34.113,37	4.428,94	1.218.559,61	-82.237,23	0,00	1.336.249,93
Testungen - gesamt	0,00	0,00	0,00	9.400.851,63	155.277,32	0,00	203.415,59	104.467,00	0,00	9.864.011,54
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	0,00	0,00	0,00	9.400.851,63	155.277,32	0,00	203.415,59	104.467,00	0,00	9.864.011,54
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Impfstellen - gesamt	61.139,95	177.945,83	7.022,50	16.646.052,47	24.883,12	30.000,00	1.187.526,52	-22.158,71	0,00	18.112.411,68
davon:										
§1b > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	61.139,95	177.945,83	7.022,50	16.646.052,47	24.883,12	30.000,00	1.187.526,52	-22.158,71	0,00	18.112.411,68
§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	0,00	33.350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33.350,00
§1d COVID-19-Selbsttestst, Abgabe in Apotheken, KFA	0,00	17.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.900,00
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§ 1f Ao. Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2023	61.139,95	527.838,08	7.022,50	27.774.205,25	214.273,81	1.837.197,31	4.195.326,19	0,00	0,00	34.617.003,09

Tabelle 2.8.4: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG 2020 bis Juni 2023

Zweckzuschuss gesamt seit 2020

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	186.441.538,71 €	13.983.611,46 €	101.506.197,56 €	59.608.953,29 €	7.520.162,72 €	58.076.918,63 €	18.545.810,54 €	54.401.828,05 €	10.325.662,76 €	510.410.683,72 €
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	40.713.788,38 €	2.034.585,90 €	828.924,16 €	3.816.058,78 €	0,00 €	2.932.998,23 €	403.450,02 €	3.392.245,73 €	5.331.623,41 €	59.453.674,61 €
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	111.839.238,58 €	2.251.983,29 €	8.930.629,50 €	2.862.881,00 €	669.037,39 €	873.093,84 €	571.430,26 €	399.602,40 €	3.447.424,14 €	131.845.320,40 €
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	4.697.183,48 €	456.231,00 €	202.395,96 €	753.207,14 €	47.388,62 €	955.938,90 €	32.458,01 €	124.893,47 €	178.474,20 €	7.448.170,78 €
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	145.037.744,13 €	19.815.738,14 €	4.979.908,18 €	27.452.703,81 €	4.102.037,50 €	14.847.647,58 €	9.106.215,33 €	3.829.829,81 €	18.305.118,58 €	247.476.943,06 €
Testungen - gesamt	444.416.742,23 €	36.662.913,26 €	72.269.442,95 €	70.343.123,00 €	14.402.072,99 €	194.966.949,24 €	11.720.591,18 €	140.272.422,07 €	23.245.863,91 €	1.008.300.120,83 €
davon:										
(ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	444.416.742,23 €	34.962.529,47 €	72.269.442,95 €	70.343.123,00 €	13.666.859,15 €	193.918.277,92 €	9.446.382,97 €	140.272.422,07 €	22.736.235,71 €	1.002.032.015,47 €
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00 €	880.152,39 €	0,00 €	0,00 €	178.568,34 €	1.048.671,32 €	1.099.731,37 €	0,00 €	237.278,15 €	3.444.401,57 €
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00 €	820.231,40 €	0,00 €	0,00 €	556.645,50 €	0,00 €	1.174.476,84 €	0,00 €	272.350,05 €	2.823.703,79 €
Impfstellen - gesamt	199.399.541,97 €	8.504.135,30 €	8.088.409,14 €	17.655.544,50 €	6.068.128,69 €	108.635.881,74 €	13.514.765,70 €	14.691.322,12 €	14.284.021,41 €	390.841.750,57 €
davon:										
§1b > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	199.399.541,97 €	7.442.705,97 €	8.088.409,14 €	17.655.544,50 €	6.068.128,69 €	86.574.663,71 €	3.173.544,07 €	12.427.920,13 €	8.965.353,70 €	349.795.811,88 €
§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00 €	7.284,30 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.183.138,50 €	0,00 €	15.097,83 €	2.205.520,63 €
§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige	0,00 €	1.054.145,03 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	22.061.218,03 €	8.158.083,13 €	2.263.401,99 €	5.303.569,88 €	38.840.418,06 €
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	11.753.525,00 €	300.125,00 €	4.132.038,15 €	0,00 €	0,00 €	1.571.935,00 €	0,00 €	527.996,88 €	0,00 €	18.285.620,03 €
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	2.226.470,01 €	144.000,00 €	1.447.638,90 €	0,00 €	0,00 €	257.810,00 €	0,00 €	35.139,27 €	0,00 €	4.111.058,18 €
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	3.751.303,97 €	1.613.050,00 €	441.134,28 €	8.489.261,99 €	714.345,40 €	5.201.965,56 €	1.701.900,00 €	1.038.375,00 €	1.287.990,00 €	24.239.326,20 €
§ 1f Ao. Zuwendungen	17.780.400,00 €	4.813.500,00 €	13.093.700,00 €	10.943.500,00 €	1.451.000,00 €	10.501.000,00 €	4.270.024,00 €	5.627.147,82 €	2.467.500,00 €	70.947.771,82 €
offenes Akonto 2020	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Akonto	0,00 €	0,00 €	56.428.812,05 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	56.428.812,05 €
Summe Zahlungen bis 2023	1.168.057.476,45 €	90.579.873,35 €	272.349.230,83 €	201.925.233,51 €	34.974.173,31 €	398.822.138,72 €	59.866.645,04 €	224.340.802,62 €	78.873.678,41 €	2.529.789.252,24 €

Tabelle 2.8.5: Verbrauch der im Jahr 2021 geleisteten Akontozahlungen

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer Verbrauch Akonto (Beträge in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	2.128.427,96	3.767.543,02	3.594.844,40	11.258.868,87	4.893.428,40	15.080.352,81	4.412.360,39	7.548.916,48	530.690,03	53.215.432,36
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	3.439.814,47	1.124.092,06	347.127,19	945.876,99		775.124,98	149.042,58	1.728.277,72	1.117.455,01	9.626.811,00
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	8.871.191,24		686.544,55	45.517,00	85.739,01	157.923,02	300.111,65		172.009,95	10.319.036,42
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	116.098,72	346.228,12	87.023,72		47.388,62	132.604,93	32.458,01	28.932,43	5.854,55	796.589,10
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwands izH mit §5 EpiG Untersuchungen	5.595.481,87	5.336.077,71	1.256.545,86	10.756.759,21	2.603.907,10	6.834.276,72	7.865.815,72	517.284,52	3.419.739,17	44.185.887,88
Testungen - gesamt	40.492.165,99	13.674.810,60	66.934.638,18	42.996.203,91	12.870.217,10	98.078.611,07	5.396.996,56	113.265.198,00	6.268.923,79	399.977.765,20
<i>davon:</i>										
<i>(ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)</i>	40.492.165,99	13.327.279,22	66.934.638,18	42.996.203,91	12.862.597,10	97.029.939,75	5.169.544,17	113.265.198,00	6.268.923,79	398.346.490,11
<i>zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten</i>		81.562,38			-8.190,00	1.048.671,32	68.722,25			1.190.765,95
<i>§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige</i>		265.969,00			15.810,00		158.730,14			440.509,14
Impfstellen - gesamt:	22.912.608,02	1.502.457,2100	7.646.038,6500	291.467,2900	5.754.191,0700	49.073.413,6300	12.327.239,1800	9.216.375,1800	6.204.852,9100	114.928.643,14
<i>davon:</i>										
<i>Überstunden</i>	22.912.608,01600	1.221.685,75	7.646.038,65	291.467,29	5.754.191,07	41.782.928,10	1.986.017,55	8.442.784,68	4.836.015,41	94.873.736,52
<i>§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten</i>							2.183.138,50			2.183.138,50
<i>§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige</i>		280.771,46				7.290.485,53	8.158.083,13	773.590,50	1.368.837,50	17.871.768,12
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	1.806.560,20	92.425,00	3.561.530,29			984.310,00	0,00	464.306,68		6.909.132,17
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	603.918,67	75.430,00	720.043,97			186.310,00	0,00			1.585.702,64
§1e Mehraufwand		250.000,00	441.134,28	2.693.703,41	714.345,40	1.164.437,36	1.701.900,00		207.795,78	7.173.316,23
§1f Ao. Zuwendungen			13.093.700,00	10.943.500,00	1.451.000,00		4.270.024,00	5.627.147,82	2.467.500,00	37.852.871,82
Summe	85.966.267,13	26.169.063,72	98.369.171,09	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	686.571.187,95
Akontozahlung	85.966.267,13	26.169.063,72	154.797.983,14	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	743.000.000,00
Akonto Rest	0,00	0,00	56.428.812,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	56.428.812,05

Titel	Ankauf Selbsttests zur Abgabe in Apotheken (DB 24.01.01.00)																		
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Die Bedeckung erfolgt vorerst durch Mittel des COVID-19-Zweckzuschussgesetzes.																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Öffentliche Apotheken sind berechtigt für die Dauer der COVID-19-Pandemie SARS-CoV-2-Antigentests abzugeben.</p> <p>Die Beschaffung der Antigentests erfolgt über den Bund (BMSGPK), die Tests werden den Apotheken zur Verfügung gestellt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742b ASVG, BGBl. I Nr. 22/2022</p>																		
Materielle Auswirkungen	<p>Gemäß der Neuausrichtung der Teststrategie werden seit April 2022 SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung der österreichischen Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung der Tests erfolgt durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die BBG.</p> <p>Im Zeitraum von April 2022 bis Juni 2023 wurden insgesamt rund 61,5 Mio. Selbsttests vom BMSGPK bestellt. Außerdem wurden seitens des Landes Oberösterreich, aufgrund eines zwischenzeitlichen Engpasses, 1 Mio. Stück kostenlos zur Verfügung gestellt. Somit beträgt die Gesamtsumme an Tests rd. 62,5 Mio. Stück.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie rund 188,4 Mio. Stück Selbsttests vom BMGSPK angekauft.</p>																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>5.703.417,50</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">5.703.417,50</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>256.768.631,11</td><td>5.703.417,50</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">262.472.048,61</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2023	Summe	5.703.417,50	0,00	Gesamt	5.703.417,50			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	256.768.631,11	5.703.417,50	Gesamt	262.472.048,61	
	Vormonate	Juni 2023																	
Summe	5.703.417,50	0,00																	
Gesamt	5.703.417,50																		
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023																	
Summe	256.768.631,11	5.703.417,50																	
Gesamt	262.472.048,61																		

Titel	COVID-19-Impfpflichtgesetz (DB 24.01.01.00)																			
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 2.403.838,73 € im Jahr 2022 ausbezahlt																			
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit wurden Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mit dem Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19 Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG), BGBl. I Nr. 4/2022, verpflichtet, sich einer Schutzimpfung gegen COVID-19 zu unterziehen.</p> <p>Es wurden rund 4,8 Mio. Haushalte mit einem entsprechenden Informationsschreiben über das Inkrafttreten des Impfpflichtgesetzes in Kenntnis gesetzt.</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung des Impfpflichtgesetzes wurden auch zur Vorbereitung dieser Maßnahmen IT-Dienstleistungen beauftragt. Infolge der Aufhebung des Impfpflichtgesetzes sind diese Aufwendungen von den Vertragspartnern vertragsgemäß teilweise erbracht worden. Die bis zur Aufhebung des Impfpflichtgesetzes erbrachten Leistungen sind vom BMSGPK zu finanzieren.</p> <p>Die Kosten von Epidemieärzten die in Vollziehung des § 17 Impfpflichtgesetz angefallen sind, sind vom BMSGPK den Ländern zu refundieren.</p>																			
Materielle Auswirkungen	Insgesamt wurden 4.762.918 Schreiben verschickt.																			
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2022</th><th>Jänner bis Juni 2023</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Informationsschreiben Impfpflicht</td><td>1.019.523,29</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Ärzte Impfpflicht</td><td>80.137,50</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>IT-Dienstleistungen</td><td>1.304.178,94</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>2.403.839,73</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">2.403.839,73</td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Informationsschreiben Impfpflicht	1.019.523,29	0,00	Ärzte Impfpflicht	80.137,50	0,00	IT-Dienstleistungen	1.304.178,94	0,00	Summe	2.403.839,73	0,00	Gesamt	2.403.839,73	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023																		
Informationsschreiben Impfpflicht	1.019.523,29	0,00																		
Ärzte Impfpflicht	80.137,50	0,00																		
IT-Dienstleistungen	1.304.178,94	0,00																		
Summe	2.403.839,73	0,00																		
Gesamt	2.403.839,73																			

Titel	Ausbau der Testkapazitäten der AGES (DB 24.01.02.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 4.189.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit dem 16. Covid-19-Gesetz BGBl. Nr. 43/2020 wurde das Epidemiegesetz 1950 novelliert und Aufgaben festgelegt, die von der AGES administrativ bzw. organisatorisch im Auftrag des BMSGPK durchzuführen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vornahme PCR-Tests gem. § 5 und nach § 5 Abs. (4) Sachverständigentätigkeit bei der Clusterabklärung 2. § 27a Unterstützung der zuständigen Landesbehörden bei der Durchführung des Contact Tracing im Ausbruchsfall. 3. § 5a Durchführung von Screeningprogrammen im Rahmen der Bekämpfung von COVID-19 4. § 5b Register für Screeningprogramme <p>Es erging daher seitens des BMSGPK als Eigentümer der AGES die Weisung an die Geschäftsführung der AGES für die Bereitstellung der notwendigen administrativ organisatorischen sowie personellen Strukturen in der AGES Vorsorge zu treffen. Der Eigentümer verpflichtete sich im Gegenzug die daraus erwachsenen Kosten der AGES zu ersetzen.</p> <p>Grundlage: §§ 5, 5a und 27a Epidemiegesetz 1950</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Investitionen der AGES gliederten sich in folgende Bereiche:</p> <p>COVID-19 bedingte Investitionen – offene Systeme + Probenvorbereitungssysteme (unter anderem wurden folgende Geräte in mehrfachen Ausführungen angeschafft: Automatisches Probenverteilsystem, Real-Time PCR Geräte, Zell Imaging System, Pipettenroboter, ELISA-Vollautomat): 2.365.000,00 €</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2x PCR-Großgeräte, je eines für Wien-Währingerstraße und Graz: 504.000,00 € • Next-Generation-Sequencing-Gerät für MED Währinger Straße: 360.000,00 € • Sanierung Covid Labor Mödling Biosicherheitslevel 2: 960.000,00 € 										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2022</th><th>Jänner bis Juni 2023</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td><td>4.189.000,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">4.189.000,00</td></tr> </tbody> </table>			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	4.189.000,00	0,00	Gesamt	4.189.000,00	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023									
Summe	4.189.000,00	0,00									
Gesamt	4.189.000,00										

Titel	Österreichische Gesundheitskasse (DB 24.02.03.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 60.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Gesetzgeber hat beschlossen, der Österreichischen Gesundheitskasse aufgrund der Mehraufwendungen durch die COVID-19- Krisensituation für das Geschäftsjahr 2020 einen einmaligen Betrag iHv. 60 Mio. € zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 80a Abs. 9 ASVG, BGBl. I Nr. 16/2020 (2. COVID-19-Gesetz)</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Seitens der ÖGK wurden Mehraufwendungen in folgenden Bereichen angeführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen: Ausbau Visiten-dienste, Aufhebung von Limitierungen, Anstieg Psychotherapie • Heilmittel (Arzneien): Steigerung bei hochpreisigen Medika-menten, weniger Spitalsaufenthalte = verstärkte Versorgung im niedergelassenen Bereich • Beschaffung: Schutzausrüstung, erweiterte Reinigung • Eigene Einrichtungen: Teilweise Schließung, Mindereinnahmen bei Kostenbeiträgen • IT-Management: Umfangreiche Arbeiten bzgl. Homeoffice 										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <tr> <td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>60.0000.000,00</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">60.000.000,00</td></tr> </table>			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	60.0000.000,00	0,00	Gesamt	60.000.000,00	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023									
Summe	60.0000.000,00	0,00									
Gesamt	60.000.000,00										

Titel	Freistellung und Risikoatteste gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit zur Freistellung von Arbeitnehmer:innen, geringfügig Beschäftigten und Lehrlingen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit einen schweren Krankheitsverlauf zu befürchten haben, beschlossen (Risikogruppe). Per Verordnung des Gesundheitsministers war festzulegen, wer der Risikogruppe angehört. Die Definition erfolgte anhand von Krankheitsdiagnosen. Das Risikoattest, welches Grundlage einer Freistellung ist, ist von einer/m Ärzt:in auszustellen, wofür der/m ausstellenden Ärzt:in ein pauschales Honorar von 50 € gebührt (bzw. 20 € für Folgeatteste, die nach dem 30.6.2021 ausgestellt wurden). Seit 15.12.2021 können nur mehr jene Personen ein Risikoattest erhalten, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, bzw. bei denen trotz dreifacher Impfung ein hohes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf gegeben ist. Die freigestellten „Risikopatient:innen“ erhalten von den jeweiligen Arbeitgeber:innen weiterhin ihre Bezüge, die dadurch anfallenden Personalkosten werden den Arbeitgeber:innen durch die ÖGK bzw. die BVAEB für die freigestellten Risikopersonen erstattet. Die ÖGK und die BVAEB haben Anspruch auf Ersatz der daraus resultierenden Aufwendungen aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds.</p> <p>Für die Vollziehung der Landarbeiter ist die jeweilige Landesregierung an Stelle der KV-Träger zuständig. Der Bund hat den Ländern die entstehenden Aufwendungen aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 735 ASVG, § 258 B-KUVG</p>

Materielle Auswirkungen	<p>Von den Trägern erstattete und seit Pandemiebeginn bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstattete Freistellungsfälle:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>06/2020 – 09/2022</td><td>52.755</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>06/2020 – 04/2022</td><td>3.717</td></tr><tr><td>Länder</td><td>06/2020 – 12/2022</td><td>23</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>56.495</td></tr></table> <p>Von Ärzt:innen ausgestellte und seit Pandemiebeginn bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstatte Risikoatteste:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>06/2020 – 03/2022</td><td>77.882</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>06/2021 – 04/2023</td><td>14.821</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>92.703</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	06/2020 – 09/2022	52.755	BVAEB	06/2020 – 04/2022	3.717	Länder	06/2020 – 12/2022	23	Gesamt		56.495	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	06/2020 – 03/2022	77.882	BVAEB	06/2021 – 04/2023	14.821	Gesamt		92.703													
Träger	Zeitraum	Fallzahl																																							
ÖGK	06/2020 – 09/2022	52.755																																							
BVAEB	06/2020 – 04/2022	3.717																																							
Länder	06/2020 – 12/2022	23																																							
Gesamt		56.495																																							
Träger	Zeitraum	Fallzahl																																							
ÖGK	06/2020 – 03/2022	77.882																																							
BVAEB	06/2021 – 04/2023	14.821																																							
Gesamt		92.703																																							
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>934.746,36</td><td>14.961,00</td><td>949.707,36</td></tr><tr><td>Länder</td><td>31.893,42</td><td>0,00</td><td>31.893,42</td></tr><tr><td>Summe</td><td>966.639,78</td><td>14.961,00</td><td>981.600,78</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>173.384.217,32</td><td>0,00</td><td>173.384.217,32</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>16.925.071,70</td><td>949.707,36</td><td>17.874.779,06</td></tr><tr><td>Länder</td><td>483.705,39</td><td>31.893,42</td><td>515.598,81</td></tr><tr><td>Summe</td><td>190.792.994,41</td><td>981.600,78</td><td>191.774.595,19</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2023	gesamt	ÖGK	0,00	0,00	0,00	BVAEB	934.746,36	14.961,00	949.707,36	Länder	31.893,42	0,00	31.893,42	Summe	966.639,78	14.961,00	981.600,78		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	ÖGK	173.384.217,32	0,00	173.384.217,32	BVAEB	16.925.071,70	949.707,36	17.874.779,06	Länder	483.705,39	31.893,42	515.598,81	Summe	190.792.994,41	981.600,78	191.774.595,19
	Vormonate	Juni 2023	gesamt																																						
ÖGK	0,00	0,00	0,00																																						
BVAEB	934.746,36	14.961,00	949.707,36																																						
Länder	31.893,42	0,00	31.893,42																																						
Summe	966.639,78	14.961,00	981.600,78																																						
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt																																						
ÖGK	173.384.217,32	0,00	173.384.217,32																																						
BVAEB	16.925.071,70	949.707,36	17.874.779,06																																						
Länder	483.705,39	31.893,42	515.598,81																																						
Summe	190.792.994,41	981.600,78	191.774.595,19																																						

Titel	Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an <u>asymptomatischen Personen</u> gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien sowie nach der letzten Novelle seit September 2022 nur noch Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten und Vertragsambulatorien und das nur noch unter konkreten Voraussetzungen) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen.</p> <p>Für die Durchführung eines Tests bezahlt der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnismachweises abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage:</p> <p>§ 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>02/2021-03/2022</td><td>36.981.886</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>02/2021-03/2022 09/2022-01/2023</td><td>4.207.991</td></tr><tr><td>SVS</td><td>02/2021-03/2022</td><td>3.248.998</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>44.438.875</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	02/2021-03/2022	36.981.886	BVAEB	02/2021-03/2022 09/2022-01/2023	4.207.991	SVS	02/2021-03/2022	3.248.998	Gesamt		44.438.875
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	02/2021-03/2022	36.981.886														
BVAEB	02/2021-03/2022 09/2022-01/2023	4.207.991														
SVS	02/2021-03/2022	3.248.998														
Gesamt		44.438.875														

Finanzielle
Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden **2023** bis zum Monatsende des Berichts-
Zeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2023	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	179.780,00	0,00	179.780,00
SVS	0,00	0,00	0,00
Summe	179.780,00	0,00	179.780,00

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende
Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
ÖGK	933.792.621,50	0,00	933.792.621,50
BVAEB	105.875.850,75	179.780,00	106.055.630,75
SVS	82.037.199,50	0,00	82.037.199,50
Summe	1.121.705.671,75	179.780,00	1.121.885.451,75

Titel	Tests im niedergelassenen Bereich an symptomatischen Patienten gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. II Nr. 453/2020) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen (Rechtslage bis 30.06.2023).</p> <p>Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests, die dazugehörige Dokumentation sowie das therapeutische Gespräch hat der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen.</p> <p>Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742 ASVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table><tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr><tr><td>ÖGK</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2022</td><td>2.212.662</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>4.Qu.2020 – 3.Qu.2022</td><td>236.615</td></tr><tr><td>SVS</td><td>4.Qu.2020 – 3.Qu.2022</td><td>155.742</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>2.605.019</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	2.212.662	BVAEB	4.Qu.2020 – 3.Qu.2022	236.615	SVS	4.Qu.2020 – 3.Qu.2022	155.742	Gesamt		2.605.019
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	2.212.662														
BVAEB	4.Qu.2020 – 3.Qu.2022	236.615														
SVS	4.Qu.2020 – 3.Qu.2022	155.742														
Gesamt		2.605.019														

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden **2023** bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2023	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	1.804.770,00	0,00	1.804.770,00
SVS	480.195,00	513.135,00	993.330,00
Summe	2.284.965,00	513.135,00	2.798.100,00

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
ÖGK	85.140.660,76	0,00	85.140.660,76
BVAEB	7.686.870,00	1.804.770,00	9.491.640,00
SVS	5.582.140,00	993.330,00	6.575.470,00
Summe	98.409.670,76	2.798.100,00	101.207.770,76

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																								
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																								
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, von Juni bis Oktober 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022 (Wiedereinführung).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG</p>																								
Materielle Auswirkungen	<p>Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung:</p> <table><tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr><tr><td></td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>12.716.388</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>04/2022 - 08/2022</td><td>4.501.677</td></tr><tr><td></td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.603.217</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>04/2022 - 01/2023</td><td>1.271.363</td></tr><tr><td></td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.362.435</td></tr><tr><td>SVS</td><td>04/2022 - 12/2022</td><td>833.191</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>22.288.271</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl		03/2021 - 10/2021	12.716.388	ÖGK	04/2022 - 08/2022	4.501.677		03/2021 - 10/2021	1.603.217	BVAEB	04/2022 - 01/2023	1.271.363		03/2021 - 10/2021	1.362.435	SVS	04/2022 - 12/2022	833.191	Gesamt		22.288.271
Träger	Zeitraum	Fallzahl																							
	03/2021 - 10/2021	12.716.388																							
ÖGK	04/2022 - 08/2022	4.501.677																							
	03/2021 - 10/2021	1.603.217																							
BVAEB	04/2022 - 01/2023	1.271.363																							
	03/2021 - 10/2021	1.362.435																							
SVS	04/2022 - 12/2022	833.191																							
Gesamt		22.288.271																							

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden **2023** bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2023	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	6.167.262,00	0,00	6.167.262,00
SVS	3.011.628,10	712.403,50	3.724.031,60
Summe	9.178.890,10	712.403,50	9.891.293,60

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
ÖGK	173.913.808,90	0,00	173.913.808,90
BVAEB	22.865.996,00	6.167.262,00	29.033.258,00
SVS	18.451.791,00	3.724.031,60	22.175.822,60
Summe	215.231.595,90	9.891.293,60	225.122.889,50

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																						
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																						
Beschreibung der Maßnahmen	Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalierte Honorar für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG																						
Materielle Auswirkungen	Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Impfungen: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2022</td><td>4.230.010</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2021 – 4.Qu.2022</td><td>812.634</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2021 – 3.Qu.2022</td><td>676.253</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>5.718.897</td></tr></table>			Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2022	4.230.010	BVAEB	1.Qu.2021 – 4.Qu.2022	812.634	SVS	1.Qu.2021 – 3.Qu.2022	676.253	Gesamt		5.718.897					
Träger	Zeitraum	Fallzahl																					
ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2022	4.230.010																					
BVAEB	1.Qu.2021 – 4.Qu.2022	812.634																					
SVS	1.Qu.2021 – 3.Qu.2022	676.253																					
Gesamt		5.718.897																					
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>2.369.635,00</td><td>0,00</td><td>2.369.635,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>740.775,00</td><td>0,00</td><td>740.775,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>3.110.410,00</td><td>0,00</td><td>3.110.410,00</td></tr></table>				Vormonate	Juni 2023	gesamt	ÖGK	0,00	0,00	0,00	BVAEB	2.369.635,00	0,00	2.369.635,00	SVS	740.775,00	0,00	740.775,00	Summe	3.110.410,00	0,00	3.110.410,00
	Vormonate	Juni 2023	gesamt																				
ÖGK	0,00	0,00	0,00																				
BVAEB	2.369.635,00	0,00	2.369.635,00																				
SVS	740.775,00	0,00	740.775,00																				
Summe	3.110.410,00	0,00	3.110.410,00																				

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
ÖGK	91.972.325,00	0,00	91.972.325,00
BVAEB	15.017.145,00	2.369.635,00	17.386.780,00
SVS	13.875.190,00	740.775,00	14.615.965,00
Summe	120.864.660,00	3.110.410,00	123.975.070,00

Titel	Honorar Apotheken Impfstoffabgabe (DB 24.02.03.00)																																								
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																																								
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 747 Abs. 2a ASVG hat die Österreichische Gesundheitskasse den öffentlichen Apotheken für das Aushändigen von Vials (Impffläschchen) ein Honorar in Höhe von 5 € pro Stück zu bezahlen. Gesetzliche Grundlage: § 747 2a ASVG																																								
Materielle Auswirkungen	Bis zum 31.12.2022 wurden die Honorare für die Abgabe von 627.198 Vials erstattet.																																								
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>3.135.990,00</td><td>0,00</td><td>3.135.990,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>3.135.990,00</td><td>0,00</td><td>3.135.990,00</td></tr></table> <p>Aufgrund von Nachverrechnungen, die erst nach Meldung der Statistikdaten durchgeführt wurden, kann es zu geringfügigen Abweichungen zwischen der angegebenen Stückzahl und dem Auszahlungsbetrag kommen.</p>		Vormonate	Juni 2023	gesamt	ÖGK	0,00	0,00	0,00	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	0,00	0,00	0,00	Summe	0,00	0,00	0,00		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	ÖGK	3.135.990,00	0,00	3.135.990,00	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	0,00	0,00	0,00	Summe	3.135.990,00	0,00	3.135.990,00
	Vormonate	Juni 2023	gesamt																																						
ÖGK	0,00	0,00	0,00																																						
BVAEB	0,00	0,00	0,00																																						
SVS	0,00	0,00	0,00																																						
Summe	0,00	0,00	0,00																																						
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt																																						
ÖGK	3.135.990,00	0,00	3.135.990,00																																						
BVAEB	0,00	0,00	0,00																																						
SVS	0,00	0,00	0,00																																						
Summe	3.135.990,00	0,00	3.135.990,00																																						

Titel	Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)																																										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																																										
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) B-KUVG ist vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrücke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen.																																										
Materielle Auswirkungen	<p>Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Ausdrücke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022</td><td>4.090.883</td></tr><tr><td>SVS</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2021</td><td>61.695</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>2.Qu. 2021 – 4.Qu. 2022</td><td>566.900</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">4.719.478</td></tr></table>			Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022	4.090.883	SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2021	61.695	BVAEB	2.Qu. 2021 – 4.Qu. 2022	566.900	Gesamt	4.719.478																										
Träger	Zeitraum	Fallzahl																																									
ÖGK	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022	4.090.883																																									
SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2021	61.695																																									
BVAEB	2.Qu. 2021 – 4.Qu. 2022	566.900																																									
Gesamt	4.719.478																																										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>221.646,00</td><td>0,00</td><td>221.646,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>221.646,00</td><td>0,00</td><td>221.646,00</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>12.272.646,00</td><td>0,00</td><td>12.272.646,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.462.278,00</td><td>221.646,00</td><td>1.683.924,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>185.085,00</td><td>0,00</td><td>185.085,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>13.920.009,00</td><td>221.646,00</td><td>14.141.655,00</td></tr></table>				Vormonate	Juni 2023	gesamt	ÖGK	0,00	0,00	0,00	BVAEB	221.646,00	0,00	221.646,00	SVS	0,00	0,00	0,00	Summe	221.646,00	0,00	221.646,00		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	ÖGK	12.272.646,00	0,00	12.272.646,00	BVAEB	1.462.278,00	221.646,00	1.683.924,00	SVS	185.085,00	0,00	185.085,00	Summe	13.920.009,00	221.646,00	14.141.655,00
	Vormonate	Juni 2023	gesamt																																								
ÖGK	0,00	0,00	0,00																																								
BVAEB	221.646,00	0,00	221.646,00																																								
SVS	0,00	0,00	0,00																																								
Summe	221.646,00	0,00	221.646,00																																								
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt																																								
ÖGK	12.272.646,00	0,00	12.272.646,00																																								
BVAEB	1.462.278,00	221.646,00	1.683.924,00																																								
SVS	185.085,00	0,00	185.085,00																																								
Summe	13.920.009,00	221.646,00	14.141.655,00																																								

Titel	Elektronischer Impfpass Software Implementierung (DB 24.02.03.00)									
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um die Erfassung der durchgeführten Impfungen im Elektronischen Impfpass nutzerfreundlich zu gestalten und dabei auf breite Mitwirkung der Ärzteschaft zu setzen, mussten die unterschiedlichen, bereits bestehenden Softwaresysteme im niedergelassenen Bereich entsprechend adaptiert werden. Die Kosten für die Softwareimplementierung werden vom Bund übernommen.</p> <p>Jene Ärztinnen und Ärzte, Gruppenpraxen, selbstständigen Ambulatorien, die in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger stehen, sowie Primärversorgungseinheiten und öffentliche Apotheken erhalten die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten, die für die Implementierung der für den Elektronischen Impfpass notwendigen Software sowie die Anschaffung eines Scanners angefallen sind, gegen entsprechenden Nachweis durch die Österreichische Gesundheitskasse ersetzt.</p> <p>Dies gilt auch für jene Wahlärztinnen und Wahlärzte bzw. Wahl-Gruppenpraxen, die am 31. Dezember 2020 an das e-card-System angebunden waren. Die ersetzbaren Kosten sind mit maximal 1 300 Euro begrenzt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 748 ASVG</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Refundierte Softwareimplementierungen:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1. Qu.2021- 4.Qu. 2021</td><td>4.670</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>4.670</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1. Qu.2021- 4.Qu. 2021	4.670	Gesamt		4.670
Träger	Zeitraum	Fallzahl								
ÖGK	1. Qu.2021- 4.Qu. 2021	4.670								
Gesamt		4.670								
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>5.859.724,82</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">5.859.724,82</td></tr></table>		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	ÖGK	0,00	5.859.724,82	Gesamt	5.859.724,82	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023								
ÖGK	0,00	5.859.724,82								
Gesamt	5.859.724,82									

Titel	Beschaffung von Schutzausrüstung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gem. § 741 ASVG ist die ÖGK für die Dauer der COVID-19-Pandemie verpflichtet, für die Leistungserbringung diverser Berufsgruppen im Gesundheits- und Pflegebereich die zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendigen Produkte zu beschaffen und diese den jeweiligen gesetzlichen bzw. beruflichen Interessenvertretungen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat der Österreichischen Gesundheitskasse die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten für die beschafften Produkte sowie die Kosten für die notwendige Logistik und Lagerhaltung aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 741 ASVG</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Von der ÖGK wurde im November und Dezember 2020 Schutzausrüstung im Wert von 4,1 Mio. € beschafft, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> • 4,6 Mio. Atemschutzmasken, • 2,5 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,08 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 17,3 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 0,3 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,008 Mio. Hygiene-Schutzsets. <p>Von Jänner bis Dezember 2021 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 25,9 Mio. Atemschutzmasken, • 26,8 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,4 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 9,0 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 187 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 1,0 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,4 Mio. Hygiene-Schutzsets.

Materielle Auswirkungen	<p>Von Jänner bis Dezember 2022 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none">• 9,2 Mio. Atemschutzmasken,• 39.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben),• 59 Mio. Untersuchungshandschuhe,• 130.000 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände)																					
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.250.116,94</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.250.116,94</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>59.464.635,82</td><td>1.250.116,94</td><td>60.714.752,76</td></tr><tr><td>Summe</td><td>59.464.635,82</td><td>1.250.116,94</td><td>60.714.752,76</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2023	ÖGK	1.250.116,94	0,00	Gesamt	1.250.116,94			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	ÖGK	59.464.635,82	1.250.116,94	60.714.752,76	Summe	59.464.635,82	1.250.116,94	60.714.752,76
	Vormonate	Juni 2023																				
ÖGK	1.250.116,94	0,00																				
Gesamt	1.250.116,94																					
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt																			
ÖGK	59.464.635,82	1.250.116,94	60.714.752,76																			
Summe	59.464.635,82	1.250.116,94	60.714.752,76																			

Titel	Ersatz Honorarausfall im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)														
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023														
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß § 746 Abs. 6 ASVG und Parallelgesetzen erhalten Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten, die im ersten, zweiten und vierten Quartal 2020 Leistungen erbracht und die vertraglich vereinbarten Ordinationstage weitgehend eingehalten haben, eine allfällige Differenz zwischen den im jeweiligen Quartal 2020 tatsächlich gebührenden Honoraren und 80% der Honorare des Vergleichszeitraumes des Vorjahres abzüglich allenfalls COVID-19-bedingten Zuschüsse, Entschädigungen und Beihilfen ausgezahlt. Falls im Vorjahr (2019) noch kein Vertragsverhältnis bestanden hat (§ 746 Abs.7 ASVG), bemisst sich die Höhe der Ausgleichszahlung am Durchschnittshonorar des entsprechenden Fachgebietes im gleichen Bundesland im jeweiligen Vergleichszeitraum des Jahres 2019. Der ausgezahlte Differenzbetrag ist der Österreichischen Gesundheitskasse vom Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 746 Abs. 6+7 ASVG</p>														
Materielle Auswirkungen	Für das erste Quartal 2021 wurde an 391 Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten Honorarersatz geleistet, für das zweite Quartal an 1.039 und für das vierte Quartal an 308.														
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2022</th><th>Jänner bis Juni 2023</th><th>gesamt</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>16.007.775,51</td><td>0,00</td><td>16.007.775,51</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>16.007.775,51</td><td>0,00</td><td>16.007.775,51</td></tr> </tbody> </table>				2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	ÖGK	16.007.775,51	0,00	16.007.775,51	Summe	16.007.775,51	0,00	16.007.775,51
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt												
ÖGK	16.007.775,51	0,00	16.007.775,51												
Summe	16.007.775,51	0,00	16.007.775,51												

Titel	Information Risikogruppe (DB 24.02.03.00)														
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023														
Beschreibung der Maßnahmen	Der Dachverband hat die krankenversicherten Personen und deren anspruchsberechtigte Angehörige, welche am 1. März 2021 der COVID-19-Risikogruppe nach der COVID-19-Risikogruppe-Verordnung, BGBl. II Nr. 203/2020, zugeordnet waren, und bis 1. April 2021 noch keine Impfung gegen SARS-CoV-2 erhalten haben, über ihr erhöhtes Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken, und die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme der kostenlosen Impfung gegen SARS-CoV-2 zu informieren. Der Bund hat dem Dachverband die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 750 ASVG														
Materielle Auswirkungen	Im Zeitraum von 7. bis 14. April 2021 wurden 164.596 Informationsschreiben versandt. Im Zeitraum von 6. bis 10. Dezember 2021 wurden 954.460 Informationsschreiben versandt.														
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Dachverband SV</td><td>1.290.786,55</td><td>0,00</td><td>1.290.786,55</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.290.786,55</td><td>0,00</td><td>1.290.786,55</td></tr></table>				2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	Dachverband SV	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55	Summe	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt												
Dachverband SV	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55												
Summe	1.290.786,55	0,00	1.290.786,55												

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																						
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																						
Beschreibung der Maßnahmen	<p>§ 736 Abs. 3 u. 4 ASVG, § 378 Abs. 1 und 2 GSVG, § 372 Abs. 1 BSVG sowie § 259 Abs. 1 und 2 B-KUVG ermöglichen den Weiterbezug von Leistungen der Kranken- und Pensionsversicherung, wenn Anträge auf Leistungen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit mangels Begutachtung auf Grund bestehender Einschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie seitens der Pensionsversicherungsträger bzw. ein entsprechendes Verfahren vor den Arbeits- und Sozialgerichten derzeit nicht entschieden werden können. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden (mit Ausnahme von § 372 Abs. 1 BSVG) aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Durch § 736 Abs. 5 u. 6 ASVG, § 378 Abs. 3 u. 4 GSVG, § 372 Abs. 2 u. 3 BSVG sowie § 259 Abs. 3 und 4 B-KUVG kommt es zu einer Verlängerung der sechswöchigen Schutzfrist in der Krankenversicherung nach § 122 ASVG bzw. nach den Parallelbestimmungen in den Sondergesetzen, sodass es aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht zu einem Verlust des Anspruches auf Leistungen der Kranken- und Zahnbehandlung kommt.</p> <p>Die den Krankenversicherungsträgern dadurch entstehenden Mehraufwendungen werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 736 ASVG, § 378 GSVG, § 372 BSVG, § 259 B-KUVG, BGBl. I Nr. 31/2019 (9. COVID-19-Gesetz)</p>																						
Materielle Auswirkungen	2020: Weitergewährung Krankengeld durch die ÖGK in 8 Fällen, Weitergewährung Krankengeld durch die SVS in 15 Fällen. 2021: Leistungsverlängerung im Bereich der ÖGK in 15 Fällen.																						
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>2020 bis 2022</th><th>Jänner bis Juni 2023</th><th>gesamt</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>18.728,42</td><td>5.859.724,82</td><td>5.878.453,24</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>240,00</td><td>358.386,96</td><td>358.626,96</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>42.265,95</td><td>36,00</td><td>42.301,95</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>61.234,37</td><td>6.218.147,78</td><td>6.279.382,15</td></tr> </tbody> </table>				2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	ÖGK	18.728,42	5.859.724,82	5.878.453,24	BVAEB	240,00	358.386,96	358.626,96	SVS	42.265,95	36,00	42.301,95	Summe	61.234,37	6.218.147,78	6.279.382,15
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt																				
ÖGK	18.728,42	5.859.724,82	5.878.453,24																				
BVAEB	240,00	358.386,96	358.626,96																				
SVS	42.265,95	36,00	42.301,95																				
Summe	61.234,37	6.218.147,78	6.279.382,15																				

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 764 (1) und (2) ASVG, §396 (1) GSVG, § 390 (1) BSVG und §275 (1) B-KUVG haben die Krankenversicherungsträger für die Übermittlung einer Bestätigung über das Vorliegen des Ausnahmegrundes „Schwangerschaft“ von der COVID-19-Impfpflicht (§ 3 Abs. 1 Z 1 in Verbindung mit Abs. 4 des COVID-19-Impfpflichtgesetzes [COVID-19-IG], BGBl. I Nr. 4/2022) den Fachärztinnen und Fachärzten für Frauenheilkunde und Geburtshilfe ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt. Gesetzliche Grundlage: §§ 764 (1) und (2) ASVG, 396 (1) GSVG, 390 (1) BSVG und 275 (1) B-KUVG (BGBl. I Nr. 30/2022)															
Materielle Auswirkungen	Von Fachärzt:innen erteilte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Ausnahmebestätigungen von der Impfpflicht für Schwangere: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2022</td><td>189</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>9</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>21</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">219</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2022	189	SVS	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	9	BVAEB	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	21	Gesamt	219	
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	1.Qu.2022	189														
SVS	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	9														
BVAEB	1.Qu.2022 – 3.Qu.2022	21														
Gesamt	219															
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>2.268,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>240,00</td><td>12,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>132,00</td><td>36,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td colspan="2">2.688,00</td></tr></table>		2022	Jänner bis Juni 2023	ÖGK	2.268,00	0,00	BVAEB	240,00	12,00	SVS	132,00	36,00	Summe	2.688,00	
	2022	Jänner bis Juni 2023														
ÖGK	2.268,00	0,00														
BVAEB	240,00	12,00														
SVS	132,00	36,00														
Summe	2.688,00															

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)									
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	300.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG hat der Krankenversicherungsträger den im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, Vertragsgruppenpraxen sowie Primärversorgungseinheiten für jede Beratung einer in der Krankenversicherung anspruchsberechtigten Person im Zusammenhang mit einem Heilmittel zur Behandlung von COVID-19 ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Von Vertragspartnern durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Beratungsgespräche:</p> <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>Sept. 2022 – Jän. 2023</td><td>29.716</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">29.716</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	BVAEB	Sept. 2022 – Jän. 2023	29.716	Gesamt	29.716	
Träger	Zeitraum	Fallzahl								
BVAEB	Sept. 2022 – Jän. 2023	29.716								
Gesamt	29.716									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>358.374,96</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">358.374,96</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2023	BVAEB	358.374,96	0,00	Gesamt	358.374,96	
	Vormonate	Juni 2023								
BVAEB	358.374,96	0,00								
Gesamt	358.374,96									

Titel	Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen.</p> <p>Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 MRV 8/21 vom 2. März 2022</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020 sowie Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genehmigt wird sowie Änderung des Bundesgesetzes, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 141/2021</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht derzeit noch aus Impfstoffen von vier verschiedenen Herstellern, wobei die Verträge sich in Stadien von bereits vollständig erfüllt bis laufenden Auslieferungen sind.</p> <p>Bisher wurden rund 57 Mio. Impfstoffdosen von Österreich aus den bestehenden Verträgen abgerufen.</p> <p>Die EU hat Ende Mai 2023 in langwierigen Verhandlungen mit BioNTech-Pfizer erreicht, dass die Lieferverpflichtungen von 9,8 Mio. Impfdosen für 2023 um 4,9 Mio. reduziert wurden. Die restlichen Dosen wurden auf die Jahre 2023 (1,9 Mio.), 2024 (1,4 Mio.) und 2025 (1,6 Mio.) aufgeteilt werden.</p> <p>Details können dem Punkt 2.2 Impfen entnommen werden.</p>

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden **2023** bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2023
Summe	24.328.575,64	6,00
Gesamt	24.328.581,64	

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
Summe	837.464.687,40	24.328.581,64	861.793.269,04

Titel	Impfkampagne (DB 24.03.01.00)																		
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Corona Impfstoffen)																		
Beschreibung der Maßnahmen	Bis zum 30.06.2022 wurde die Impfkampagne des Bundes über die UG 10 finanziert und vom Bundeskanzleramt abgewickelt. Aufgrund neuer interner Vereinbarungen wird die Impfkampagne des Bundes ab 01.07.2022 vom BMSGPK betreut und finanziert.																		
Materielle Auswirkungen	Details können dem Punkt 2.3 Impfkampagne entnommen werden.																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.599.302,63</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.599.302,63</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>7.047.876,51</td><td>1.599.302,63</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">8.647.179,14</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2023	Summe	1.599.302,63	0,00	Gesamt	1.599.302,63			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	Summe	7.047.876,51	1.599.302,63	Gesamt	8.647.179,14	
	Vormonate	Juni 2023																	
Summe	1.599.302,63	0,00																	
Gesamt	1.599.302,63																		
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023																	
Summe	7.047.876,51	1.599.302,63																	
Gesamt	8.647.179,14																		

Titel	Zahlung an den ESI-Fonds für COVID-19 Impfstoffe (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 21.757.912,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	COVID-19-Impfstoffe werden im Rahmen des „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ beschafft. Bei dieser Zahlung handelt es sich um eine Zuzahlung seitens der Mitgliedsländer an den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) über welchen die gemeinsamen COVID-19-Impfstoffbeschaffungen gestartet wurden. Im Jahr 2020 wurde der ESI-Fonds um 750 Mio. € aufgestockt, wobei Österreichs Anteil bei 2,9 Prozent oder 21.757.912,00 € liegt. Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020										
Materielle Auswirkungen	Österreich leistete seinen Beitrag zur Aufstockung des ESI Fonds gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission. Die Aufstockung wurde nötig um einen siebenten (ursprünglich sechs) Impfstoffhersteller in das Impfstoffportfolio des Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement aufzunehmen und die entsprechenden Anzahlungen seitens der EU zu tätigen.										
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>21.757.912,00</td><td>0,00</td><td>21.757.912,00</td></tr></table>				2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	Summe	21.757.912,00	0,00	21.757.912,00
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt								
Summe	21.757.912,00	0,00	21.757.912,00								

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)																						
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)																						
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020																						
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio. € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 steht eine weitere Folgebeauftragung mit einer Laufzeit bis 31. Mai 2025 und einem Höchstvolumen von 70 Mio. Dosen und maximal Kosten iHv. 36,2 Mio € in Kraft. Es besteht keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf.																						
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td colspan="2">Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.584.208,62</td><td colspan="2">176.589,47</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="3">1.760.798,09</td></tr></table> Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>26.715.368,42</td><td>1.760.798,09</td><td>28.476.166,51</td></tr></table>				Vormonate	Juni 2023		Summe	1.584.208,62	176.589,47		Gesamt	1.760.798,09				2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	Summe	26.715.368,42	1.760.798,09	28.476.166,51
	Vormonate	Juni 2023																					
Summe	1.584.208,62	176.589,47																					
Gesamt	1.760.798,09																						
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt																				
Summe	26.715.368,42	1.760.798,09	28.476.166,51																				

Titel	Impfzubehör (DB 24.03.01.00)			
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)			
Beschreibung der Maßnahmen	Um die beschafften COVID-19-Impfstoffe verimpfen zu können, werden Spritzen und Nadeln beschafft. Zur Rekonstituierung von Impfstoffen wird Kochsalzlösung (NaCl) beschafft. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020			
Materielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes wurden im Jahr 2023 Zahlungen für folgendes Impfzubehör geleistet:			
	1ml Spritzen	0,00 Stk.		
	3ml Spritzen	0,00 Stk.		
	NaCl 5ml Ampullen	0,00 Stk.		
	NaCl 10ml Ampullen	0,00 Stk.		
	Kanülen	0,00 Stk.		
	Insgesamt seit Pandemiebeginn wurden Zahlungen für folgendes Impfzubehör geleistet:			
	1ml Spritzen	48.551.800 Stk.		
	2ml und 3ml Spritzen	3.642.000 Stk.		
	NaCl Ampullen (10 und 5 ml)	3.184.600Stk.		
Kanülen	55.042.500 Stk.			
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):			
		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
	Summe	11.641.878,89	0,00	11.641.878,89

Titel	Informationsschreiben 3. und 4. Impfung (DB 24.03.01.00)																	
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	301.800.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)																	
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß Impfplan Österreich wird allen Personen ab dem vollendeten 5. Lebensjahr eine 3. Impfung empfohlen. Laut Empfehlungen kann die 4. Impfung bei Personen ab dem vollendeten 12. Lebensjahr durchgeführt werden und ist jeder Person empfohlen, die sich schützen will. Für Personen ab einem Alter von 60 Jahren, Personen mit dem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf und Personen mit einem erhöhten Expositions- und damit Infektionsrisiko ist die 4. Impfung besonders empfohlen. Um die Bereitschaft für die dritte und vierte Impfung zu erhöhen, soll ein personalisiertes Erinnerungsschreiben auf dem Postweg versandt werden. Für die 3. Impfung sollen alle Personen angeschrieben werden die älter als 18 Jahre alt sind und deren 2. Impfung mindestens 180 Tage zurückliegt. Für die 4. Impfung sollen alle Personen angeschrieben werden die älter als 60 Jahre alt sind, und deren 3. Impfung mindestens 180 Tage zurückliegt. Es ergehen keine Schreiben an Personen, die für die aktuell gem. NIG-Anwendungsempfehlung vorgesehene Impfung schon ein Erinnerungsschreiben erhalten haben.																	
Materielle Auswirkungen	Für den Versand der Erinnerungsschreiben wurde die Post AG beauftragt. Hierfür wurden knapp 5,403 Mio. Versendungen vorgenommen.																	
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>12.636,97</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">12.636,97</td></tr></table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>4.053.742,00</td><td>12.636,97</td><td>4.066.378,97</td></tr></table>		Vormonate	Juni 2023	Summe	12.636,97	0,00	Gesamt	12.636,97			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	Summe	4.053.742,00	12.636,97	4.066.378,97
	Vormonate	Juni 2023																
Summe	12.636,97	0,00																
Gesamt	12.636,97																	
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt															
Summe	4.053.742,00	12.636,97	4.066.378,97															

Titel	Beschaffung von COVID-19-Arzneimitteln (DB 24.03.01.00)																			
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 (Bedeckung erfolgt aus Mitteln für Impfstoffe) 250.961.111,50 € wurden im Jahr 2022 ausbezahlt																			
Beschreibung der Maßnahmen	Um den höchstmöglichen Schutz erkrankter Personen zur Verhinderung von schweren Krankheitsverläufen zu gewährleisten, ist die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 als Prophylaxe oder Therapie erforderlich, um dem österreichischen Gesundheitssystem ausreichend COVID-19-Medikation zur Verfügung zu stellen. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020 idgF.																			
Materielle Auswirkungen	Eine Übersicht der verbrauchten und verfügbaren Mengen an COVID 19-Arzneimitteln ist in Tabelle 2.4.1 und 2.4.2 dargestellt.																			
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2023 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2023</td></tr><tr><td>Summe</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">0,00</td></tr></table> Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>250.961.111,50</td><td>0,00</td><td>250.961.111,50</td></tr></table>				Vormonate	Juni 2023	Summe	0,00	0,00	Gesamt	0,00			2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	Summe	250.961.111,50	0,00	250.961.111,50
	Vormonate	Juni 2023																		
Summe	0,00	0,00																		
Gesamt	0,00																			
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt																	
Summe	250.961.111,50	0,00	250.961.111,50																	

Titel	Beschaffung des Arzneimittels Remdesivir (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung 2023 im BFG 2023 14.789.115,00 € wurden im Jahr 2020 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß MRV 33/17 wurde vereinbart, dass das zum damaligen Zeitpunkt einzige in der EU zugelassene Arzneimittel zur Behandlung von COVID-19, Veklury (Wirkstoff Remdesivir) im Rahmen des Joint EU Procurement Remdesivir, beschafft wird. Grundlage: MRV 30/16 vom 15. September 2020 MRV 33/17 vom 7. Oktober 2020										
Materielle Auswirkungen	Mit dem Hersteller Gilead Sciences GesmbH wurde eine Liefermenge von 39.000 Vials vereinbart, wovon im Jahr 2020 38.970 Vials geliefert und bezahlt wurden. Die vom Bund angekauften Vials wurden den Ländern im Wege der COVID-Apotheken zur Verfügung gestellt. Die Rechtsgrundlage für die kostenfreie Abgabe durch das BMSGPK findet sich im Ermächtigungsgesetz zur unentgeltlichen Abgabe, BGBl. I Nr. 135/2020.										
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>14.789.115,00</td><td>0,00</td><td>14.789.115,00</td></tr></table>				2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	Summe	14.789.115,00	0,00	14.789.115,00
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt								
Summe	14.789.115,00	0,00	14.789.115,00								

Titel	Beschaffung Influenzaimpfstoffe (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 11.398.995,66 € wurden im Jahr 2020 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß Ministerratsbeschluss 10/25 wurde die Influenza Impfung für Kinder vom vollendeten 6. Lebensmonat bis zum vollendeten 15. Lebensjahr in das kostenfreie Kinderimpfprogramm aufgenommen.</p> <p>Gemäß MRV 36/26 wurde seitens des BMSGPK zudem eine bestimmte Menge eines Hochdosisimpfstoffs, der speziell für Personen >65 Jahren zugelassen ist, beschafft. Dieser Impfstoff wurde in den Influenza-Saisonen 2020/21 bis 2022/23 im Rahmen einer Impfkation in erster Linie in Alten- und Pflegeheimen und bei einzelnen Impfkationen zum Einsatz gebracht.</p> <p>Grundlage: Influenzaimpfung Kinderimpfkonzert: MRV 25/10 vom 25. Juni 2020; Influenzaimpfung Personen 65+: MRV 26/36 vom 7. Juli 2020</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Für die Saison 2020/21 wurden über die Bundesbeschaffung GmbH BBG 300.000 Dosen Fluenz tetra (nasaler Lebendimpfstoff für Kinder vom vollendeten 24. Lebensmonat bis vollendeten 15. Lebensjahr) sowie 50.000 Dosen Vaxigrip tetra („Stichimpfung“ für Kinder vom vollendeten 6. bis vollendeten 24. Lebensmonat) verbindlich beschafft. Für die Impfkation in Alten- und Pflegeheimen standen 100.000 Dosen Fluzone zur Verfügung.</p> <p>Für die Saison 2021/22 ist über die BBG die Beschaffung der Menge an nasalem Lebendimpfstoff zur Influenza-Impfung von 20% aller Kinder ab 6 Monate bis 14 Jahre verbindlich erfolgt (239.000 Dosen). Für Kinder von 6-24 Monaten wurde außerdem verbindlich die Beschaffung von 50.000 Dosen einer inaktivierten Vakzine zugelassen ab 6 Monaten beauftragt. Für Personen der Altersgruppe 65+ wurden 100.000 Dosen Influenza-Impfstoff <i>Eflueda</i> bestellt.</p> <p>In der Saison 2022/23 wurden für Personen der Altersgruppe 65+ 87.600 Dosen Fluad tetra für die Impfkation in Alten- und Pflegeheimen beschafft. Für Kinder vom vollendeten 24. Lebensmonat bis zum vollendeten 15. Lebensjahr standen 239.000 Dosen Fluenz Tetra sowie 60.000 Dosen Fluarix Tetra für Kinder vom vollendeten 6. Lebensmonat bis zum vollendeten 24. Lebensmonat zur Verfügung.</p>
Finanzielle Auswirkungen	Es wurden insgesamt 11.398.995,66 € für die Beschaffung von Influenza-impfstoffe zur Verfügung gestellt. Wovon 3.300.000,00 € auf die Impfstoffe für Personen 65 +, 4.588.781,4 € auf die Influenza Impfstoffe im kostenfreien Kinderimpfkonzert Saison 2020/21 und 3.510.214,26 € auf jene der Saison 2021/22 entfallen.

	Ab dem Jahr 2021 werden in diesem Zusammenhang keine Zahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds geleistet. Die Beschaffung der erforderlichen Influenzaimpfstoffe wurde im Rahmen des regulären Budgets des BMSGPK bedeckt.		
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt
Summe	11.398.995,66	0,00	11.398.995,66

Titel	Beschaffung und Versand FFP2 Masken (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 23.097.657,90 € im Jahr 2021 ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none">Gemäß Ministerratsvortrag 39/12 vom 24.11.2020 beschloss die Bundesregierung Personen der Altersgruppe 65+, kostenlos FFP2 Masken per Post zu senden.Ab dem 17.12.2020 wurde das Tragen von FFP2 Masken in Alten- und Pflegeheimen seitens des Bundes angeordnet. Den Ländern wurden daraufhin zur Verteilung an die Alten- und Pflegeheime FFP2 Masken zur Verfügung gestellt.Weiters wurden FFP2 Masken zur entgeltfreien Verteilung in Sozialmärkten an Bedürftige beschafft.Außerdem wurden in einem Sonderkontingent FFP2 Masken zur Verteilung an Sozialeinrichtungen und Teststraßen durch die Bundesländer beschafft. <p>Grundlage: Ministerratsvortrag 39/12 vom 24. November 2020 Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Gemäß Ministerratsbeschluss wurden 10 Stück FFP2 Masken pro Person in der Altersklasse 65+ beschafft und die Versendung durch die österreichische Post AG beauftragt.</p> <p>Für Alten und Pflegeheime wurden 10 Mio. Stück FFP2 Masken beschafft und den Ländern zur Verteilung an die Alten und Pflegeheime zur Verfügung gestellt.</p> <p>Für 66 Sozialmärkte wurden 132.000 Stück, pro Markt 2.000 Stück FFP2 Masken bestellt und direkt an die Sozialmärkte geliefert.</p> <p>Für das Sonderkontingent zur Verteilung durch die Bundesländer wurden 15 Mio. Stück FFP2 Masken bestellt.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Die Bedeckung wurde im Rahmen der Novelle des Bundesfinanzgesetzes 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021) sichergestellt.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):</p> <table><tr><td></td><td>2020 bis 2022</td><td>Jänner bis Juni 2023</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>Summe</td><td>23.097.657,90</td><td>0,00</td><td>23.097.657,90</td></tr></table>				2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt	Summe	23.097.657,90	0,00	23.097.657,90
	2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023	gesamt								
Summe	23.097.657,90	0,00	23.097.657,90								

Titel	Förderung der Stopp-Corona-App (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2023 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2023 806.250,00 € wurden im Jahr 2020 ausbezahlt 1.168.603,20 € wurden im Jahr 2021 ausbezahlt 21.737,28 € wurden im Jahr 2022 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit der Stopp Corona App stellt das Österreichische Rote Kreuz die offizielle österreichische Contact Tracing App zur Eindämmung von Neuinfektionen mit COVID-19 in den Sprachen Deutsch und Englisch zur Verfügung. Sie ist über die App-Stores von Google und Apple kostenlos via Download erhältlich.</p> <p>Die Stopp Corona App soll einen wesentlichen Beitrag zur raschen Unterbrechung von Infektionsketten leisten und zielt zur Verwirklichung dieser Aufgabe konkret auf die automations-unterstützte Erfassung von sogenannten Infektionsgefährdenden- bzw. Intensivkontakten ab. Die App dient der Verhinderung der weiteren Verbreitung des COVID-19 Virus in der Bevölkerung und der Unterstützung des klassischen Kontaktpersonenmanagements. Begegnungen werden mittels digitalen Handshakes aufgezeichnet. Meldet sich eine der Person mit einer bestätigten COVID-19 Infektion bzw. aufgrund der Ergebnisse eines klinischen Fragebogens in der App als krank, werden alle in den letzten beiden Tagen als kontaktiert gespeicherten Personen über diesen Umstand informiert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Durch die nachfolgende Selbstisolation können Infektionsketten unterbrochen werden und eine wesentliche Unterstützung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit durch Eindämmung der COVID-19 Pandemie geleistet werden. Durch die Verwendung der App sollen die Nutzer:innen zudem fundiert über COVID-19 informiert und bei Bedarf entsprechende Handlungsempfehlungen erteilt werden.</p> <p>Grundlage: MRV 27/43 vom 29. Juli 2020</p>
Materielle Auswirkungen	Mit der Förderung wurde der weitere Betrieb der Stopp Corona App bis zum Ende des Jahres 2021 sichergestellt. Der Förderzeitraum wurde bei gleichen Bedingungen bis 28. Februar 2022 verlängert.

Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):		
		2020 bis 2022	Jänner bis Juni 2023
	Summe	1.996.590,48	0,00

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

Telefon: +43 1 711 00 – 0

Fax: +43 1 7158258

E-Mail: post@sozialministerium.at

www.sozialministerium.at

